

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Wilhelm Hahn

Die Bewältigung der Vergangenheit

Arnold Gehlen

Die Intellektuellen und der Staat

Siegfried von Kortzfleisch

„Allchristliche Friedenskonferenz“

718

JULI/AUGUST 1964

12. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Soldat — Bürger — Demokratie	1
Eberhard Amelung	
Kurz kommentiert	4
Jugend kann Jugend lehren — Wer hat die Prügel verdient? — Der Widerstand und unser politischer Stil — Ein fragwürdiger Protest — Neuer Landesgeschäftsführer des EAK in Bayern	
Die Bewältigung der Vergangenheit als politisches und theologisches Problem	6
Wilhelm Hahn	
Das Engagement der Intellektuellen gegenüber dem Staat	14
Arnold Gehlen	
„Allchristliche Friedenskonferenz“ in Prag	19
Siegfried von Kortzfleisch	
Berichte	21
11. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises: Arbeitsgruppe I — Landesversammlung der CSU in München	
Pressestimmen	23
Bücher	25

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Professor D. Wilhelm Hahn, MdB (Heidelberg-Schillerbach, Im Hofert 3) ist Ordinarius für Praktische Theologie an der Universität Heidelberg und Kultusminister des Landes Baden-Württemberg. — Professor Dr. Arnold Gehlen (Aachen, Am Kupferofen 34) ist Ordinarius für Soziologie an der Technischen Hochschule in Aachen. — Dr. Siegfried von Kortzfleisch (Kornthal, Hindenburgstraße 61) ist theologischer Referent in der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Stuttgart.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

12. Jahrgang, Heft 7/8

Juli/August 1964

Soldat - Bürger - Demokratie

Ist es ein Zufall, daß in diesem Sommer die Diskussion um die Bundeswehr wieder aufgelebt ist? In einem Sommer voller Gedenktage an Ereignisse, die die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts entscheidend bestimmt haben. Der 20. Juli 1944 — 20 Jahre, seitdem der Versuch, den Diktator zu stürzen, fehlschlug; der 1. August 1914 — 50 Jahre, seitdem eine für sicher gehaltene Welt in den Wirren des ersten Weltkrieges unterging; der 1. September 1939 — 25 Jahre, seit der Zeit, da das Hitlerreich den Griff nach der Weltmacht versuchte.

Es sind Gedenktage, die das ganze Volk angehen. Aber immer steht die Armee unmittelbar am Geschehen, dessen gedacht wird. Sie ist mit ihrer ganzen Geschichte des 20. Jahrhunderts in besonderer Weise an diese Tage gebunden, und diese bestimmen das Traditionsgut und die Erinnerung auch der Bundeswehr in stärkerem Maße als das Bewußtsein des übrigen Volkes. Am 1. August 1914 zieht die Armee hinaus, das Volk folgt ihr an den Straßen entlang, wirft Blumen und ist davon überzeugt, Männer, Brüder und Söhne sehr bald als Sieger wiederzusehen. Am 1. September 1939 marschieren die Armee im Morgengrauen; das Volk nimmt die Geschehnisse mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Hier und da stürzt es sich noch in den Annektionsrausch, aber es ist nichts mehr vorhanden von jener Begeisterung, die den 1. August 1914 kennzeichnet. Am 20. Juli 1944 versuchen Männer der Armee der Macht des Bösen in den Arm zu fallen; das Volk steht teils hoffend, teils zögernd, teils verurteilend dabei, ist aber unfähig zur eigenen Handlung.

Ohne Zweifel haben die Ereignisse im August 1914 die größte Bedeutung. Damals ging eine Epoche unserer Geschichte zu Ende, und die neueste Zeit begann. Das sind die Fakten, so stehen sie in den Geschichtsbüchern. Und dennoch ist die Frage: Haben wir dieses Ereignis wirklich mit vollzogen? Haben wir realisiert, daß die Welt des 19. Jahrhunderts unwiederbringlich untergegangen ist? Wir sprechen in diesem Heft an anderer Stelle über das Problem der Bewältigung unserer Vergangenheit. Im Blick auf mancherlei Ereignisse der jüngsten Zeit müssen wir allerdings auch fragen, ob wir uns der Tatsache überhaupt bewußt geworden sind, daß jene Zeit vergangen, unwiederbringlich vergangen ist. Es lebt in vielen, wenn nicht in den meisten von uns eine geheime Sehnsucht nach der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. Das gilt auch für die, die damals noch nicht geboren waren. Die Erinnerung an jene Zeit ist merkwürdig wach, und die Jahre vor 1914 haben einen fast mythischen Glanz. Die Erinnerung steht dabei allerdings stärker unter dem Eindruck von Kaiserparaden, einer hierarchisch geordneten Gesellschaft und bürgerlichem Wohlstand als unter dem Elend der Arbeiterschaft. Kurz, es ist mehr die Welt eines Theodor Fontanes als eines Gerhart Hauptmanns und Bert Brechts.

Die Sehnsucht nach einer solchen Welt zeigt sich in mancher Hinsicht in unserer heutigen Gesellschaft. Man braucht nur einen Teil unserer Illustrierten aufzuschlagen und sich in ihre „Gartenlaube“-Atmosphäre zu versetzen; man braucht nur einmal darüber zu reflektieren, worüber sie sich aufregen und was sie verurteilen. Sie leben weitgehend von den Normen und den Idealen der Zeit, die am 1. August 1914 zu Ende ging. Eine solche Beobachtung hat nicht nur im Blick auf die Bundesrepublik Gültigkeit. In den vergangenen Wochen ist die amerikanische Öffentlichkeit durch die für viele Beobachter überraschende Wahl des Senators Goldwater zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten in Atem gehalten worden. Man hat nach den Gründen für diese Wahl gefragt. Sicherlich ist die Antwort richtig, daß in Goldwater das amerikanische Bürgertum ein Symbol für ein Streben gefunden hat, das der von uns angesprochenen Sehnsucht nach Rückkehr der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ähnelt. Es ist die Sehnsucht nach einer geordneten Welt, in der alles überschaubar ist, deren Probleme sich auf einen klaren Nenner bringen lassen und in der die Lösung bestimmter Konflikte nicht ständig neue Konflikte schafft. Es ist die Sehnsucht nach der Welt des kleinen Bürgertums, der kleinen Stadt, in der sich die Fragen, die die große Politik beschäftigen, nur hier und da einmal in einer Schlagzeile der Zeitung melden. Die Person des Senators Goldwater ist offensichtlich zu einem Symbol des Protests gegen die industrialisierte Welt überhaupt geworden, gegen die Massengesellschaft mit ihren Interessenverbänden und ihren so unlösbar erscheinenden Problemen.

In diesen großen Zusammenhang müssen die Probleme der Bundeswehr gestellt werden, wenn man sie sinnvoll diskutieren will. Nagold und die Vorfälle in der ersten Luftlande-Division mögen als solche Einzelercheinungen sein. Die Art und Weise, wie sie diskutiert wurden und die Art der Gefühle, die in dieser Diskussion sichtbar wurden, gehören zum Trend unserer Zeit. Auch die Diskussionen, die sich an die Veröffentlichung der Ausführungen des Wehrbeauftragten, Vizeadmiral a. D. Heye, in der Illustrierten „Quick“ anschlossen, müssen unter diesem Aspekt beurteilt werden.

Es herrscht bei uns weitverbreitete Unklarheit und Unsicherheit über die Stellung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft. Die Diskussionen in den fünfziger Jahren haben diese Frage nur am Rand berührt. Man war zu sehr mit der Frage des Ob-überhaupt beschäftigt, als daß man sich um die Einordnung in die Gesamtgesellschaft bemüht hätte. Hinzu kamen die vielen historisch bedingten Ressentiments, die eine klare Sicht der Dinge verhinderten. Nur wenige Männer behielten einen klaren Kopf, bejahten den Aufbau der Armee und wollten ihr doch einen neuen Platz in der Gesellschaft zuweisen. Zu ihnen gehören vor allem die sogenannten „Reformer“ innerhalb der Bundeswehr. Die sozialdemokratische Opposition lehnte zunächst den Aufbau der Bundeswehr überhaupt ab; als sie sich später zu ihrer Bejahung durchgerungen hatte, wies sie ihr auch nicht mehr als einen Eckplatz in der Gesellschaft zu. Auf der anderen Seite stehen die starken, gerade im Volk verbreiteten Tendenzen, die das Verhältnis von Armee und Gesellschaft in gleicher Weise bestimmt sehen wollen wie in der Zeit vor 1914. In dieser Sache findet die oben charakterisierte Sehnsucht einen Kristallisationspunkt. Ein rechter Staat muß sein wie das preußisch geprägte Deutsche Reich; eine solche Armee muß denselben Platz einnehmen wie die alte preußische Armee.

So gesehen hat die wiederaufgelebte Diskussion um die Grundsätze der Inneren Führung eine Bedeutung weit über die Bundeswehr hinaus. An ihrem Schicksal in der Bundeswehr wird man ablesen können, wohin unser Staat steuert. An den Diskussionen um die Bundeswehr wird das Selbstverständnis dieses Staates deutlich. Doch nicht nur das. In diesen Diskussionen kann sich das so oft beklagte mangelnde Staatsbewußtsein ausbilden, indem der einzelne an einem konkreten Objekt gezwungen wird, Stellung zu nehmen. Man sollte deshalb nicht beklagen, daß der Wehrbeauftragte die Aussprache in die breite Öffentlichkeit getragen hat. Damit hat er zwar der Bundeswehr selbst vielleicht nicht zu einer fortschreitenden inneren Konsolidierung geholfen. Aber er hat unserem Staat einen Dienst getan, weil wir alle aufs höchste daran interessiert sein müssen, unter welchem Vorzeichen sich diese Konsoli-

dierung der Bundeswehr vollzieht. Ihr Aufbau darf sich nicht in aller Stille vollziehen, denn mit ihr wird ein entscheidendes Stück unseres Staates gebaut, das für uns alle von großer Bedeutung ist.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Grundsätze der Inneren Führung näher einzugehen, doch zwei Dinge müssen betont werden. Als erstes: Diese Grundsätze sind nicht das Werk einiger weltfremder Idealisten, die keinen Kontakt mit den Notwendigkeiten der Wirklichkeit haben. So argumentieren kann nur, wer mit der modernen Zeit und ihren Erfordernissen keinen Kontakt hat.

Die Grundsätze der Inneren Führung sind aus dem Geist unserer Zeit heraus formuliert. Sie sind der Zeit gemäß, jener Zeit, die wir gemeinhin mit dem Schlagwort technisch-industriell charakterisieren und die wir alle, zumindestens als Konsumenten und als Menschen, die nach materieller Sicherheit streben, bejahen. Die industrielle Gesellschaft stellt an uns alle ganz andere Forderungen als frühere Zeiten. Sie sind seit über 100 Jahren zunächst in den einzelnen Anfängen und dann in immer weiterem Maße in der Wirtschaft praktiziert worden und werden von uns allen tagtäglich in der einen oder anderen Weise angewandt. Das hindert allerdings nicht, daß wir ihnen im Prinzip oft noch widerstreben. Die neue Zeit erfordert Beweglichkeit, Partnerschaft, Teamarbeit, offene Strukturen und nicht zuletzt Vertrauen. Es sind Eigenschaften, die — was immer sonst man über sie sagen kann — auf jeden Fall in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht prinzipiell gefordert waren. Eine hierarchisch geordnete Gesellschaft lebt von anderen Prinzipien. Sie ist deshalb auch leichter überschaubar und stärker von bestimmten Ordnungsprinzipien geprägt.

Als zweites, und es folgt unmittelbar aus dem Gesagten, müssen wir anmerken: Die Grundzüge der Inneren Führung haben etwas mit der demokratischen Grundordnung unseres Staates zu tun. Deshalb spricht man vom „Bürger in Uniform“. Die Grundsätze des zivilen Lebens sollen auch in der Bundeswehr Eingang finden, damit die Bundeswehr nicht als ein isolierter Block in der Gesellschaft sich nach anderen Prinzipien verhält. Die Kritiker dieser Thesen leben im wesentlichen von der Behauptung, daß eine Armee eben nach anderen Gesichtspunkten geführt werden müsse als ein ziviler Verein. Die Befürworter der Prinzipien halten dem entgegen, daß eine moderne Armee, um modern sein zu können, die Prinzipien der modernen Zeit übernehmen muß.

Die Sehnsucht nach der Zeit, deren beginnendes Ende der 1. August 1914 charakterisiert, zeigt sich im Blick auf die Bundeswehr darin, daß man in ihr den Repräsentanten des Staates sieht. So war es früher. Die Armee repräsentierte den Staat und mußte deshalb auch Paraden und Aufmärsche üben. Heute repräsentiert jeder von uns den Staat. Die demokratische Gesellschaft erlaubt es uns nicht, die Verantwortung für diese Funktion auf andere abzuschieben. Die Armee aber muß, von dieser Funktion entlastet, sich ihren eigenen Aufgaben zuwenden. Ihr Metier ist die Verteidigung und nicht die Repräsentation. Wo immer sie noch zweckentfremdet wird, da haben wir es mit Relikten einer vergangenen Zeit zu tun, die wir so schnell wie möglich ablegen sollten.

Wir sprechen vom Bürger in Uniform. Wir verlangen von der Bundeswehr, daß sie die jungen Menschen demokratisch erzieht und zu Stützen unserer Gesellschaft macht. Wir dürfen bei solchen Forderungen nicht vergessen, daß die Bundeswehr sie nur erfüllen kann, wenn die Gesellschaft als solche bereit ist, ihren Anteil an diesen Aufgaben zu übernehmen. Da aber liegen die Schwierigkeiten. Die Demokratisierung der Armee ist notwendig, sonst schadet sie dem Staat mehr als daß sie ihm nützt. Die Demokratisierung der Armee ist aber nahezu unmöglich, wenn die anderen Institutionen der Gesellschaft weiterhin nach den Prinzipien einer vergangenen Zeit regiert werden. Das aber ist bei uns weithin der Fall. Kirchen, Universitäten, Industriebetriebe, ja selbst politische Parteien sind oft nach Prinzipien geordnet, die nicht zeitgemäß sind. Hier müssen wir ansetzen, wenn die Diskussion um den Bürger in Uniform nicht völlig sinnlos im Sand verlaufen soll. Dem Staatsbürger in Uniform muß der Staatsbürger in der Ausbildung und im Beruf vorausgehen und nachfolgen.

Jugend kann Jugend lehren

Der Zufall spielte uns am selben Tag zwei Nachrichten in die Hände, die ein bemerkenswertes Licht auf unsere Gesellschaft werfen. Auf dem letzten Landtag der Jungdemokraten in Rheinland-Pfalz wurde die Forderung erhoben, aus den öffentlichen Gebäuden die Kruzifixe zu entfernen, da ihre Anbringung einen schweren Verstoß gegen die vom Grundgesetz garantierte pluralistische Gesellschaftsordnung darstelle. Die Junge Union reagierte scharf und sprach von einer Zumutung für die zu über 90 Prozent den christlichen Bekenntnissen angehörende Bevölkerung. — Und die andere Nachricht: In Darmstadt haben evangelische und katholische Unterprimaner auf eigenen Wunsch mehrere Monate lang gemeinsam Religionsunterricht erhalten, und der Schulreferent der Kirche von Hesen-Nassau, D. Wissmann, hat dieses Experiment grundsätzlich begrüßt.

Ist es nicht merkwürdig? Christen der beiden großen Konfessionen wünschen sich wirklich kennenzulernen und wollen einen gemeinsamen Unterricht erhalten, und auf der anderen Seite sehen wir junge Menschen, die oft von Politik aus christlicher Verantwortung reden, und solche, die sich gern als Liberale bezeichnen, wie sie sich gegenseitig Vorwürfe machen und starke Worte gebrauchen. Übertreiben nicht beide — Junge Union und Jungdemokraten? Ist die pluralistische Gesellschaft — was ist das eigentlich? — wirklich gefährdet durch Kruzifixe in öffentlichen Gebäuden? Ist die Forderung, sie zu entfernen, wirklich eine solche Zumutung? Die ganze Auseinandersetzung erinnert doch stark an Kämpfe, die im 19. Jahrhundert ausgetragen worden sind. Wir meinen, es sei besser, wenn die Jungdemokraten ein wenig liberaler und die Junge Union ein wenig toleranter würden und sich die beiden Jugendorganisationen einmal zusammenfänden, um darüber zu sprechen, wie sie sich eigentlich in der so viel beredeten pluralistischen Gesellschaft zu verhalten haben. Oder wollen die jungen Politiker die Politik ihrer Großväter machen?

Die Schüler, die in Darmstadt einen gemeinsamen Religionsunterricht forderten, haben für den Bereich der christlichen Konfessionen gezeigt, daß sie verstanden haben, welche Aufgaben ihnen als jungen Christen heute gestellt sind: nämlich das Gemeinsame zu suchen und zu sehen. Dies ist doch wohl auch eine Aufgabe der politischen Jugendorganisationen. Sie sollten sich nicht darum bemühen, künstlich weltanschauliche Gegensätze zu konstruieren, sondern gemeinsam um die Lösung der Sachprobleme bemüht sein, deren es wahrhaft genug gibt.

-el.

Wer hat die Prügel verdient?

Wir sind ein merkwürdiges Volk. Wir können etwas zugleich wollen und nicht wollen. Wir möchten zur Familie der freien Völker gehören. Wir bejahen auch weithin als Konsequenz dieses Willens die Existenz der Bundeswehr. Zugleich aber erinnert uns die Uni-

form des Soldaten an grauenvoll Vergangenes und möglicherweise Zukünftiges. Vor allem an das Zweite wollen wir jedoch nicht erinnert werden. Es ist ein Elend: Offiziell und mit dem Verstand sind wir davon überzeugt, daß eine Armee, die das Gleichgewicht erhält, dem Frieden dient. Inoffiziell und unterschwellig aber lassen wir es den Soldaten entgelten, daß sein Rock uns eine mögliche schreckliche Zukunft vor Augen rückt.

Es wird Klage darüber geführt, daß die Bundeswehr eine Entwicklung nimmt, die sie aus der inneren Verbindung mit der Bevölkerung herausführen müßte. Unterstellen wir einmal, diese Beobachtung sei richtig, wen trifft aber dann die tiefste Schuld? Wirklich die Offiziere und Unteroffiziere? Könnte es nicht auch sein, daß diese Männer durch die Haltung, die ihnen als Fehlentwicklung angekreidet wird, nur ihrerseits auf die profunde Lieblosigkeit reagieren, die sie in dem Staat umgibt, dem sie dienen? Wenn ein Mann eine undankbare Aufgabe für andere mit erfüllt, und dafür mit Geringschätzung von eben diesen Mitmenschen belohnt wird, wen wundert es dann, wenn er nun auch seinerseits auf Distanz geht? Ist aber die Armee einmal aus der Verantwortung des gesamten Volkes entlassen — vom Volk her! — was bleibt ihr dann anderes übrig, als ihren eigenen Weg zu gehen? Daß dieser eigene Weg dann nicht in umso größerer Hingabe an die Prinzipien der Inneren Führung gegangen wird, sondern sich mehr an „Altbewährtem“ orientiert, ist freilich Schuld der Soldaten. Aber kann man erwarten, daß die Betroffenen besonderes Vertrauen zu den Grundsätzen der Zeit haben, die sie so ungerecht behandelt? Die Entwicklung ist bedrohlich. Aber ändern wird sie nur können, wer die Einstellung der Bevölkerung zu ihrer Armee ändert. Solange wir nicht bereit sind, zu verantworten, was wir für richtig erkannt und beschlossen haben, haben wir die Prügel verdient, die heute die Armee bekommt. Hy.

Der Widerstand und unser politischer Stil

Im letzten Heft dieser Zeitschrift ist mit guten Gründen davor gewarnt worden, die Ergebnisse demoskopischer Untersuchungen zu überschätzen. Dennoch ist die Demoskopie gelegentlich geeignet, uns über Zusammenhänge aufzuklären, die wir ohne sie nur oberflächlich erkennen können. — Zum zwanzigsten Jahrestag des 20. Juli 1944 hat man die Bevölkerung gefragt, wie sie zu dem Attentat auf Hitler stehe. 13 Prozent der Erwachsenen lehnten den Schritt der Männer und Frauen des Widerstandes als Hochverrat ab, 59 von Hundert bejahten ihn als notwendige Tat, 28 zeigten keine klare Stellungnahme. Die Ablehnung des Attentates ist am häufigsten in der Gruppe der 50 bis 65jährigen (15 Prozent), der Beamten (16 Prozent) und der Bürger mit Abitur oder Hochschulbildung (16 Prozent).

Auf den ersten Blick möchte man sagen: ein erfreuliches Ergebnis, mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung beurteilt den Widerstand positiv. Näheres Hinsehen führt freilich zu einigen Fragen, die wir stellen müssen, wollen wir uns nicht Illusionen hin-

geben. Nimmt man die Neinsager und die Unentschiedenen zusammen, so haben wir eine Gruppe von 41 Prozent der Bevölkerung, die mit dem Widerstand nichts anfangen kann oder ihn ablehnt.

Wenn wir bedenken, welche Mühen man sich bei uns mit der Bewältigung der Vergangenheit macht, so ist das doch ein erstaunliches Ergebnis. Haben die Bemühungen der Massenmedien, der demokratischen Parteien und schließlich der Schulen und Universitäten so wenig gefruchtet? Allen, die sich der politischen Bildungsarbeit widmen, sollte das zu denken geben. Ein Grund, wenn auch nicht der einzige, für dieses Mißverständnis von Aufwand und Ergebnis scheint uns die weit verbreitete Ansicht zu sein, man könne durch guten Unterricht, durch Information und Aufklärung über die Zusammenhänge eine Bewältigung der Vergangenheit herbeiführen.

Diesen Möglichkeiten, die ohne Zweifel sehr wichtig sind, sind offensichtlich Grenzen gesetzt. Reden allein können, so scheint es, nicht weiterhelfen, es müssen Taten hinzutreten, Taten, die dem einzelnen bewußt werden lassen, daß die totalitäre Vergangenheit nicht nur in Reden, sondern auch in der politischen und sozialen Wirklichkeit überwunden ist. Man wird uns entgegenhalten, dies sei doch spätestens mit der Schaffung des Grundgesetzes geschehen. Das ist zwar richtig, aber eine gute Verfassung allein genügt nicht. Der Stil unseres gesamten politischen und sozialen Lebens muß von den in ihr entwickelten Prinzipien geprägt sein. Solange es hier in solchem Maße fehlt, wie es Eberhard Stammler in München schildern mußte, werden die Menschen in unserem Lande nicht recht verstehen, daß die Demokratie nicht nur eine Herrschafts-, sondern auch und vor allem eine Lebensform ist. Und solange werden sie auch kein positives Verhältnis zur Widerstandsbewegung gewinnen können, einer Bewegung, der es eben darum ging, nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat eine neue freiheitliche Ordnung in Deutschland zu errichten, die mit dem bekämpften Dritten Reich nichts gemeinsam haben sollte.

-ck-

Ein fragwürdiger Protest

Der Versuch, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, gehört zum politischen Geschäft, seitdem es dieses gibt. Im Zeitalter der Massenmedien wirft dieser Versuch allerlei staatsrechtliche Probleme auf, da der Einflußbereich und die Intensität der Beeinflussung von seiten der großen Presse, des Rundfunks und des Fernsehens erheblich zugenommen haben. In der Bundesrepublik sind die Beziehungen zwischen Bundesregierung, Länderregierungen und politischen Parteien einerseits und Rundfunk und Fernsehen andererseits weithin unreguliert. Nur in Wahlzeiten wird auf einen strengen Proporz geachtet. Die Sozialdemokraten haben einen großen Protest bei der Ufa-Wochenschau angemeldet, da sie die Bundesregierung übermäßig bevorzuge. Sie beziehen

sich dabei insbesondere auf zwei Dokumentarberichte über den Besuch des Bundeskanzlers in Amerika und den Parteitag der CSU in München. Nun wird allerdings auch der skeptischste Sozialdemokrat zugeben müssen, daß es sich in beiden Fällen um zwei höchst wichtige politische Ereignisse handelt. Sie zu kommentieren, sollte man der politischen Redaktion einer Wochenschau wirklich nicht verwehren.

Die Empfindlichkeit der Sozialdemokraten in dieser Sache wirkt etwas merkwürdig, da sie bei anderen Gelegenheiten wesentlich weniger Skrupel haben. So hat der Berliner Regierende Bürgermeister und SPD-Vorsitzende seit Beginn seiner Tätigkeit als Bürgermeister eifrig Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, über die Rundfunk- und Fernsehprogramme Berlins politische Ansprachen zu halten. Diese Sendungen finden auch während seiner mannigfachen Reisen statt. Es ist keine Frage, daß sich der Regierende Bürgermeister durch diese Sendungen einen erheblichen Vorsprung vor den Repräsentanten der anderen Parteien verschaffen konnte. Die Wünsche der anderen Parteien nach ähnlichen Möglichkeiten wurden vom Sender Freies Berlin nicht beachtet. Nur eine für alle Parteien gemeinsame Sendezeit von 15 Minuten im Monat genehmigte man, womit die sozialdemokratische Partei weiterhin begünstigt wird, da sie an dieser Sendezeit beteiligt ist.

Wer im Glaskasten sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Auf der einen Seite steht die politische Berichterstattung einer Wochenschau, deren Einflußmöglichkeiten sich ohnehin in Grenzen halten. Sie hat kein Monopol, da sie mit anderen Wochenschauen in den Filmtheatern konkurrieren muß. Auf der anderen Seite steht die direkte kommentierende Ansprache an das Publikum mit Hilfe des Fernsehens von Seiten eines Parteipolitikers. Wo von den Mitteln her die größeren Einflußmöglichkeiten liegen, dürfte unbestreitbar sein. Die SPD hat keinen Anlaß laut zu protestieren. e. a.

Ein neuer Landesgeschäftsführer des EAK in Bayern

Am 1. Juli dieses Jahres hat Herr Wolfgang Vogelsang sein neues Amt als Landessekretär des Evangelischen Arbeitskreises der CSU angetreten. Herr Vogelsang wurde durch die evangelische Schülerarbeit mit Hermann Ehlers bekannt und trat auf dessen Anregung der CDU bei. Er ist heute stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes München der Jungen Union und Vorstandsmitglied des Bezirksverbandes München der CSU.

Herr Vogelsang war Meisterschüler der Akademie für das Graphische Gewerbe und hat seine Meisterprüfung als Buchbinder abgelegt. Am 1. 8. 1958 wurde er Geschäftsführer des Evangelischen Handwerkervereins von 1848 in München. Als solcher wurde er weit in der Öffentlichkeit bekannt und hat sich intensiv mit den Fragen und Problemen der modernen Gesellschaft aus der Sicht der evangelischen Sozialethik beschäftigt.

Die Bewältigung unserer Vergangenheit als politisches und theologisches Problem

Wilhelm Hahn

Wer das Wort von der Bewältigung der Vergangenheit geprägt hat, weiß ich nicht. Es ist von Theodor Heuss gebraucht worden, als er noch Bundespräsident war. Heute ist das Wort in aller Munde, und zwar in dem negativen Sinne, daß es uns bisher nicht gelungen ist, die Vergangenheit zu bewältigen. Was man sich unter Bewältigung vorstellt, ist für die meisten, die das Wort gebrauchen, nicht klar.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat mit ihrem Stuttgarter Schuldbekenntnis im Herbst 1945 diese Frage in aller Öffentlichkeit angepackt. Sie bekannte unsere Schuld vor Gott. Und es war Martin Niemöller, der mit dem Ruf zur Buße in den folgenden Jahren unermüdlich durch die deutschen Gemeinden und durch die Welt reiste. Aber ein christliches Schuldbekenntnis und Buße sind nicht ohne weiteres mit Bewältigung der Vergangenheit gleichzusetzen. Jetzt sind es wieder evangelische Kreise, denen es mit ihrem Glauben ernst ist, die das Wort von der Bewältigung der Vergangenheit besonders aufgegriffen haben und auf diese Bewältigung als vordringliche Aufgabe hinweisen. Daß wir Deutsche uns mit unserer politischen Vergangenheit auseinandersetzen müssen, um nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich politisch und sozial zu gesunden, ist unbestritten. Hieran muß besonders denen gelegen sein, die politisch nicht nur pragmatisch denken, sondern sich über ihre politische Existenz vor dem Forum eines am Evangelium ausgerichteten Gewissens Rechenschaft geben. Wir werden also zu prüfen haben, was für den Christen Bewältigung der Vergangenheit sein kann und was nicht.

Sachlichkeit und Objektivität

Auf welchen Bereich unserer Vergangenheit bezieht sich die Forderung nach Bewältigung und worin besteht sie? Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß jeder Generation in jedem Volk aufgegeben ist, die eigene Vergangenheit mit ihrer politischen Geschichte, ihren sozialen Strukturen und ihrem kulturellen Erbe zu verarbeiten. Das gilt heute etwa auch für die Kolonialvölker wie die Engländer, Franzosen oder Niederländer, deren koloniale Herrschaft nicht nur zu Ende gegangen ist, sondern die selbst dadurch mit einem moralischen Makel im Urteil der Weltöffentlichkeit behaftet sind. Das gilt aber auch für ein Land wie Indien, dessen vieltausendjährige Vergangenheit, dessen tiefgewurzelte Kastenstruktur ebenso wie seine noch sehr wirksamen religiösen Ströme zunächst mehr als Last, denn als Potential empfunden werden. So muß auch von uns Deutschen unsere ganze Geschichte verarbeitet werden, auch wenn sie uns nur teilweise bewußt ist. Dazu gehört u. a. die Annahme des christlichen Glaubens durch unser Volk, die daraus entstandene christliche Kultur des Mittelalters, aber auch das Sendungsbewußtsein gegen-

über den slawischen Völkern mit der damit verbundenen Ostkolonisation. Es gehört dazu die Reformation und die kirchliche Spaltung, aber auch die gegenüber den anderen europäischen Nationen unglückliche politische Entwicklung, die Deutschland zur „verspäteten Nation“ werden ließ, die erst zusammenfand und sich aufmachte, ihre Rolle zu spielen, als die anderen bereits die lohnenden Rollen verteilt hatten; der verlorene Weltkrieg und die unglückliche Periode zwischen den Kriegen, der Nationalsozialismus und die deutsche Teilung. Doch sollten wir über den schmerzlichen Ereignissen nicht die vielen Positiva vergessen: z. B. die Ausstrahlung der Reformation von Deutschland in die ganze Welt, die geistige Erneuerung des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, den Aufstieg der deutschen Wissenschaft und vieles andere.

Eine solche Überlegung macht uns bewußt: Bewältigung der Vergangenheit kann nicht heißen, daß wir Deutsche unsere Vergangenheit von uns stoßen und völlig von vorne anfangen. Viele, die heute diese Parole besonders laut vortragen, vertreten die Meinung, die ganze deutsche Geschichte sei im Unterschied zu der unserer westlichen Nachbarn falsche Bahnen gelaufen, und wir müßten uns mit dem Gefühl der Scham von ihr abwenden. Wir können auch Shirer nicht recht geben, der in seinem in der ganzen Welt gelesenen Buch „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“ alle Linien der deutschen Geschichte so zieht, daß sie mit scheinbar unbedingter Notwendigkeit in die Greuel des Dritten Reiches einmünden. Bewältigung der Vergangenheit kann im Gegensatz zu dieser tendenziösen Darstellung nur bedeuten, daß wir möglichst sachlich, und das heißt geschichtlich objektiv unsere eigene Geschichte sehen. Wir werden, wie jedes andere Volk in dieser Geschichte schwarz und weiß gemischt finden und feststellen, daß vieles, was uns heute höchst verwerflich erscheint, im Kontext der Zeitgeschichte eine sehr viel nüchternere und manchmal auch positive Beurteilung verdient. Ich denke zum Beispiel an Otto von Bismarck, dessen Persönlichkeit und Leistung von früheren Generationen einseitig verherrlicht worden sind, in den vergangenen Jahren aber unberechtigt in ein abschreckendes Zerrbild verzeichnet wurde. Helmut Thielicke hat in seiner politischen Ethik versucht, die Wahrheit und Wirklichkeit dieses Staatsmannes darzustellen, der ein Christ sein wollte. Nur wenn wir geschichtlich denken, werden wir das reiche Erbe unserer Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft lebendig machen können und nicht nur kritisch, sondern auch dankbar zu ihm stehen.

Das Dritte Reich

Eine Periode unserer Geschichte hebt sich belastend heraus, nämlich die 12 Jahre von 1933 bis 1945. In ihnen ist Deutschland als Störenfried der ganzen Welt aufgetreten, sind in Deutschland und in den besetzten

Gebieten in der Geschichte unvergleichliche Greuelthaten im Namen unseres Volkes begangen worden und ist von den damals Verantwortlichen nicht nur das deutsche Reich als Ganzes skrupellos verspielt worden, sondern sind auch die Siedlungsgebiete der Deutschen im Osten verloren, die in 900 bis 700 Jahren meist friedlicher Siedlungs- und Kulturarbeit erworben wurden. Diese Periode ist es, die vor allem Bewältigung erfordert. Auf sie richtet der Blick, und die junge Generation steht fragend und anklagend vor der alten, weil sie einfach nicht verstehen kann, wie das möglich war.

Wer allerdings die Geschichte mit wachen Augen miterlebte, weiß, wie ein Volk in einer Krisensituation mit blinden Augen in sein Verderben laufen kann. Dies gilt umso mehr, als es ja 1933 noch nicht wußte, wohin der Weg führte. Nachdem einmal die Nationalsozialisten, wie sie richtig sagten, „die Macht ergriffen“ hatten, lief das Drama nach einem nur noch bedingt von der Mehrheit des Volkes zu beeinflussenden Konzept ab. Dabei spielte die gewissenlos, aber genial gehandhabte Propaganda und Organisation eine entscheidende Rolle. Rauschning, der letzte Präsident der Freien Stadt Danzig, sprach es schon 1936 aus, daß ein modernes totalitäres Regime durch seine Technik über so durchdringende und weitreichende Machtmittel verfüge, daß es von innen nicht zu stürzen sei. Lediglich die Wehrmacht hatte in einem Kriege noch eine Chance. Diese Feststellung enthebt uns als Volk nicht von dem Eingeständnis, daß unter der Einwirkung der Propaganda sich die Mehrheit bis kurz vor Toresschluß zur Unterstützung des Unrechtregimes hat verleiten lassen und daß sich erschreckend viele zu Handlangern bei den Verbrechen, etwa in der Vernichtung von Menschenleben, mißbrauchen ließen. Dieses ist einfach wahr und muß eingestanden werden. Unrealistisch und ungerecht ist es dagegen, jeden Deutschen dafür anzuklagen, daß wir dieses Regime nicht aus eigener Kraft abzustößten vermochten. Vor allem ist es ein unbilliger Vorwurf gegen den Einzelnen, schon sein Überleben zeige, daß er mit dem Nationalsozialismus kollaboriert habe und damit an den Greueln persönlich mitschuldig sei.

Karl Jaspers' vierfacher Schuldbegriff

Der Philosoph Karl Jaspers scheint mir diese Frage am gründlichsten durchdacht zu haben. Er unterscheidet vier Schuldbegriffe:

1. Die kriminelle Schuld durch Teilnahme an Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Die politische Schuld durch Mitverantwortung aller Bürger für die Handlungen ihrer Regierung.
3. Die moralische Schuld, die immer eine Tat eines Einzelnen voraussetzt, auch wenn er auf Befehl handelt. Hierher gehört die aktive oder passive Unterstützung eines solchen Regimes ebenso wie die Ausführung einer unmoralischen Handlung.
4. Die metaphysische Schuld. Diese ergibt sich aus der Solidarität aller Menschen und der Verantwortung eines jeden vor Gott. Dabei weiß ich mich auch für Handlungen anderer verantwortlich, obgleich ich nicht mitgemacht habe, sie vielleicht verabscheute, aber nicht hindern konnte. Aber ich hätte mich in einem mensch-

lich sinnlosen Widerstand vor die Opfer werfen und mit ihnen zugrunde gehen können, statt zu schweigen.

Diese Unterscheidungen, die nicht von einem Theologen, sondern von einem Philosophen stammen, helfen uns zu einer Ordnung des Schuldgedankens. Und diese gehört in erster Linie zur Bewältigung der Vergangenheit. Die Unterscheidung zeigt nämlich, inwiefern wir schuldig sind, aber auch inwiefern nicht.

Die kriminelle Schuld

Es gibt einzelne, die sind kriminell schuldig geworden. Mit ihnen haben die Gerichte abzurechnen. Es bedeutet allerdings eine schwere Belastung, daß diese Prozesse durch die Zurückbehaltung des belastenden Aktenmaterials durch die Besatzungsmächte bis 1958 erst jetzt durchgeführt werden können. Dies reißt nicht nur verheilte Wunden wieder auf, sondern macht vergangenes Unrecht wieder gegenwärtig und entzündet den Völkerha, der die angebahnte Versöhnung ehemaliger Gegner torpediert. Denn von den kriminellen Taten dieser einzelnen schließen weite Kreise im Ausland auf den Charakter aller Deutschen und belasten damit auch eine Generation, die 1945 kaum geboren war. Auch ist die Feststellung des tatsächlichen Maßes an Schuld und Verantwortung nach so lange verstrichener Zeit in vielen Fällen kaum einwandfrei möglich. Und da in einem Rechtsstaat der Grundsatz gilt „in dubio pro reo“ fallen die Urteile relativ milde aus, was viele Beobachter nicht befriedigt, die eine der Tat entsprechende Sühne fordern. Dies läßt viele, die sich nicht die Mühe machen, die ernstesten Bemühungen der Gerichte

Die Kirche sollte verstehen, daß die durchschnittliche Predigt die Menschen unserer Zeit nicht erreicht. Diese Menschen müssen wieder merken, daß Christentum nicht eine Reihe von Lehren oder rituellen und moralischen Gesetzen ist, sondern die „frohe Botschaft“, daß das Gesetz durch das Erscheinen einer neuen heilenden Wirklichkeit überwunden ist. Sie müssen das Gefühl bekommen, daß die kirchlichen Symbole keine Absurditäten sind, unannehmbar für denkende und fragende Menschen unserer Epoche, sondern hinweisen auf das, was unbedingt angeht, auf den Grund und Sinn unserer Existenz und der Existenz überhaupt.

Paul Tillich, Die verlorene Dimension, 1962

um einwandfreie Klärung der Sachverhalte zu prüfen, sondern nur die Ergebnisse der Richtersprüche zur Kenntnis nehmen, zu der Meinung kommen, unsere Justiz gehe nicht objektiv vor, sondern sei pronazistisch voreingenommen, während in Wirklichkeit die Milde der Urteile in der Regel nicht politisch bedingt ist, sondern auf dem Prinzip einer nur aufgrund gesicherter Beweise verurteilenden Justiz in einem Rechtsstaat basiert.

Die politische Schuld

Zur politischen Schuld müssen wir uns alle eindeutig bekennen. Die Bundesrepublik hat das auch getan, indem sie im Unterschied zur sogen. DDR die Haftung für die im Dritten Reich begangenen Unrechtstaten in finanzieller Hinsicht übernommen hat. Ob wir Nazis oder Antinazis waren, wir zahlen für die Wiedergutmachung und tragen alle an den furchtbaren Folgen des verlorenen Krieges. Politisch gibt es eine Kollektivhaftung. Es muß zwar in diesem Zusammenhang ausgesprochen werden: was an Unrecht und Verbrechen vom sogen. Dritten Reich an Juden und an Angehörigen im 2. Weltkrieg besetzter Länder begangen worden ist, kann überhaupt nicht mit Geld oder materiellen Mitteln abgegolten und gesühnt werden. Darüber kann es keine Diskussion geben. Aber gleichzeitig ist festzustellen, daß der Wille zur Wiedergutmachung sich nur da überzeugend kundtut, wo er wenigstens materielle und finanzielle Anstrengungen macht, den Geschädigten oder ihren Nachkommen zu helfen. Die Bundesregierung hat sich von vornherein zum Grundsatz der Wiedergutmachung bekannt. Sie tat es, als wir noch wirtschaftlich schwach waren und nicht wußten, daß wir einen solchen Aufstieg erleben würden. Die Höhe der zur Wiedergutmachung nur an Israel als Staat und vor allem an einzelne Juden gezahlten Gelder beweisen, daß es uns ernst ist. Ich nenne nur folgende Zahlen: Der Staat Israel, der zwar 1945 noch nicht bestand, aber heute das jüdische Volk repräsentiert und die einzelnen, die Anspruch auf Wiedergutmachung haben, haben bis zum Herbst 1963 im ganzen rd. 23 Milliarden Deutsche Mark erhalten. Auf Grund der geltenden Gesetze und Verträge werden in den nächsten Jahren mit Sicherheit weitere 12 Milliarden DM gezahlt werden. Das sind 35 Milliarden, insgesamt eine Summe, die auch für eine

Ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, daß wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in einigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn einst Gott Abraham verheißt hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unserer Willen nicht vernichten wird.

Generalmajor Henning von Tresckow, am 21. Juli 1944

Wirtschaft wie die deutsche neben allen anderen großen Aufgaben nicht leicht zu verkraften ist.

Es ist keine Frage, daß finanzielle Leistungen weder eine entsprechende Wiedergutmachung noch eine Bewältigung der politischen Vergangenheit darstellen. Das Londoner- und das sogenannte Israel-Abkommen sprechen denn auch richtig von dem „Versuch“, die durch materielle

Leistungen ohnehin nicht wieder gutzumachenden Schäden zu ersetzen. Was das deutsche Volk selbst betrifft, so muß im Blick auf die politische Schuld unsere Reaktion eine geistige und politische sein. Wir werden nachher darauf näher eingehen, hier sei nur soviel vorweggenommen: Die Besinnung auf den Nationalsozialismus muß uns zur Abstoßung jedes falschen Nationalismus führen, ohne daß wir dabei die allen anderen Völkern selbstverständliche Bejahung der eigenen Art, Geschichte, Kultur und Staatlichkeit aufgeben. Jede rassische Diskriminierung, insbesondere der Antisemitismus, ist zu überwinden. Dies sind Fragen geistiger Neuorientierung und politischer Ordnung. Die geistige Neuorientierung wird, darüber sollte man sich in aller Nüchternheit klar sein, immer Sache einer relativ kleinen, aber wegbereitenden Gruppe von Menschen sein, nicht aber der Masse, die sich immer erst langsam für neue Erkenntnisse aufschließt. Die politische Neuordnung muß sich in Verfassung und Gesetzgebung niederschlagen, aber auch in dem Stil politischen Handelns.

Die moralische Schuld

Moralische Schuld ist der kollektiven politischen gegenüber individuell und persönlich. Mit vollem Recht setzen wir uns dagegen zur Wehr, mit Eichmann oder anderen seines Schlages identifiziert zu werden. Unsere Lage wird je nach dem Maß, in dem wir uns mit dem Nationalsozialismus einließen oder ihm widerstanden, unterschiedlich sein. Im ganzen gilt, daß die gleichmäßige Belastung des ganzen Volkes und jedes einzelnen mit der moralischen Schuld ein Haupthindernis zur Bewältigung der Vergangenheit darstellt. Denn der durchschnittliche Deutsche kann es von sich weisen, den Henkern bewußt in die Hand gearbeitet zu haben. Sofern er es durch seine Stimmabgaben bei Wahlen oder durch seine Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen getan hat, war er sich in sehr unterschiedlichem Maße bewußt, was er tat. Sein Urteilsvermögen war durch die Propaganda und die durch sie erzielte dämonisierte Atmosphäre getrübt. Es führt zur Unwahrhaftigkeit, hier alle über einen Kamm zu scheren. Viele haben sich mit Empörung äußerlich oder innerlich distanziert, anderen fehlte dazu die moralische Kraft. Sie schlossen die Augen und machten mit. Als ihnen nach dem Zusammenbruch die näheren Umstände bekannt wurden, verstanden sie sich selbst nicht mehr und verabscheuten die Verbrechen ebenso wie auswärtige Kritiker. Dies entlastet sie moralisch nicht, aber die Differenzierungen sind doch moralisch bedeutsam. Schließlich kann man auch nicht alle heutigen Bewohner der SBZ für die Unrechtstaten des Ulbricht-Regimes moralisch verantwortlich machen, auch nicht, wenn sie dort zur Wahl gehen. Kollektivurteile verhärten, weil sie notwendig simplifizieren und weder der geschichtlichen noch der persönlichen Lage gerecht werden.

Die metaphysische Schuld

Die metaphysische Schuld ist nicht juristisch, politisch oder moralisch einklagbar. Aber als Christen nehmen wir sie sehr ernst. Letztlich wird sie überhaupt nur offenbar, wo man an Gott glaubt. Hier kommt es zu jener Erkenntnis, die der Schweizer Picard unmittelbar nach dem Kriege in seinem Buchtitel formulierte „Hitler in uns“. Wir erkennen, auch wenn wir Pazifisten oder

Antinazis waren oder sind, in Hitler und seinem Weg etwas Typisches, nämlich jene gottfeindliche Haltung, die das eigentliche Unheil der Menschheit ist. Es ist bemerkenswert, daß es ein Schweizer war, der Hitler in sich und dem Menschen seiner Zeit entdeckte. Er warnt uns, ein Volk allein zum Sündenbock zu machen und alle anderen in ihrer Selbstgerechtigkeit zu bestärken. Aber wir Deutschen haben zu allererst Anlaß, den Hitler in uns aufzusuchen und nach unserer Schuld vor Gott zu fragen, wie es das Stuttgarter Schulbekenntnis tat. Diese Schuld kann nur durch die Vergebung Gottes gesühnt werden, die er uns im Evangelium von Jesus Christus anbietet.

Man darf, wenn es um die Besinnung auf unsere Schuld geht, allerdings die nationalsozialistische Zeit nicht isolieren. Sie war gewiß nicht das logische und unabänderliche Ergebnis des deutschen Volkscharakters und unserer Geschichte. Das Dritte Reich entstand aus dem Fiasko der ersten deutschen Republik. Wenn im Dritten Reich die Möglichkeiten zu politischer Mitbestimmung schnell versiegt, und die meisten nur noch passive Rädchen in der Maschine des totalitären Staates waren, so hatten sie in der Weimarer Republik alle Möglichkeiten zur politischen Mitverantwortung. Deshalb muß die Weimarer Zeit in unsere Überlegungen zur Bewältigung der Vergangenheit einbezogen werden, wenn wir es diesmal besser machen wollen, und das umso mehr, als wir heute wieder in einer Demokratie leben, die in sich ungefestigt ist und manche parallelen Probleme aufweist.

Unser Volk vor Gott

Aber worin kann eigentlich Bewältigung der Vergangenheit bestehen? Für den glaubenden Christen, der sich seiner metaphysischen Schuld bewußt geworden ist, heißt Bewältigung, daß er sich und die anderen unter das Urteil Gottes, aber auch unter seine Vergebung stellt. Dabei wird er nicht der unevangelischen Meinung sein, dies setze eine ständige Selbstdemütigung und Selbstanklage vor der Welt voraus. Es gibt heute evangelische Christen, die ständig solche Bekenntnisse wiederholen und denen sie so leicht vom Munde zu gehen scheinen, daß sie vom unbeteiligten Hörer als eine Manier empfunden und nicht mehr ernst genommen werden. Vergebung ist überhaupt nicht von der Bußleistung abhängig. Deshalb kann man nicht nachweisen, ob Buße oder Vergebung eingetreten sind. Buße und Vergebung spielen sich zwischen dem Einzelnen und Gott ab. Es erscheint mir als theologisch anfechtbar, wenn manche sagen, das deutsche Volk habe nach 1945 nicht Buße getan und deshalb auch keine Vergebung empfangen. Diese Behauptung ist anfechtbar, weil sie das deutsche Volk als Kollektiv vor Gott sieht. Gott hat aber gewiß seine Geschichte mit vielen Deutschen in diesen Jahren gehabt, und sie war bald eine positive bald eine negative. Auch lassen sich Gottes Urteile und die Buße der Menschen nicht an irgendwelchen Erscheinungen nachweisen, denn was zwischen Gott und den Menschen geschieht, entzieht sich der Möglichkeit zur Objektivierung und zur Demonstration vor der Öffentlichkeit. So werden wir mit unserem Urteil darüber sehr zurückhaltend sein müssen, ob unsere Schuld vor Gott gesühnt ist.

Hier scheint es mir notwendig, als evangelischer Theologe das Wort von der Bewältigung der Vergangenheit, wie es unter uns in der Öffentlichkeit im Schwange ist, einer kritischen Überlegung zu unterwerfen. Während die Kirche, man denke nur an Martin Niemöller, von Buße gesprochen hat, ist der Begriff der Bewältigung der Vergangenheit außerhalb der Kirche geprägt und dann durch die Publizistik zum Schlagwort geworden. Es schwingt in diesem Begriff ein starkes moralisches Pathos, das besagt: das deutsche Volk muß in sich gehen, es muß sich schonungslos mit seiner Geschichte auseinandersetzen und sich schuldig bekennen, es muß mit

Wenn nach der tiefen Erschütterung von 1945 ein deutscher Philosoph schrieb, alles Nachdenken über die Geschichte habe nur noch den Sinn, die unüberwindliche Fraglichkeit unseres Daseins zu entschleiern, so klingt das an den Verzicht des Nihilisten an und war doch gemeint als Aufruf zu radikaler Nüchternheit. Die Geschichte hat so Furchtbares mit uns und durch uns veranstaltet, daß uns alle Neigung zum Pathetischen und Rhetorischen vergangen ist. Wir suchen keine blaue Blume in der Vergangenheit, sondern sind darüber belehrt worden, wie dünn der Firniß der Zivilisation über den dämonischen Kräften der Tiefe ist. . . Mehr noch als früher suchen wir den Menschen in der Geschichte, seit wir mit den äußersten Formen des Unmenschlichen konfrontiert worden sind.

Hans Rothfels, Der handelnde Mensch in der Geschichte, Dortmunder Vorträge 1960

seinem verkehrten Weg in der Vergangenheit bewußt brechen und entschlossen einen neuen politisch und moralisch besseren Weg beginnen. Erst diese moralische und politische Neuorientierung ist Voraussetzung einer neuen Existenz als Volk und Staat in der großen Völkergemeinschaft.

Der Ernst dieser Argumentation, die im einzelnen verschieden ausfallen mag, soll nicht bestritten werden. Aber die Voraussetzungen dieser Argumentation sind doch andere als die christlich-biblichen. Analysieren wir sie, so ergeben sich zwei Grundelemente: einerseits eine letztlich idealistische Sicht des Menschen, nach der es ihm möglich ist, mit seiner verfehlten Vergangenheit aus eigenen Kräften aufgrund vernünftiger Überlegung und Willensanstrengung fertig zu werden. Bewältigung der Vergangenheit setzt voraus, wir könnten diese Vergangenheit neu beschwören, den Berg der Schuld abtragen und von uns aus alles in Ordnung bringen.

Liberale Mißverständnisse

Die andere Voraussetzung ist geistesgeschichtlich-politischer Art. Die Wortführer sind fast immer Liberale, die kein positives Verhältnis zur deutschen Geschichte als Ganzes haben. Sie sehen in der gesamten deutschen Geschichte, vielleicht abgesehen von den Revolutionen 1848 und 1918, Fehlentwicklungen. Sie vermögen weder

im mittelalterlichen Kaisertum noch in Luther und den Reformatoren, noch in Preußen, ja nicht einmal in der Bewegung des 20. Juli 1944 — um ganz verschiedene Beispiele heranzuziehen — etwas Positives zu erkennen. Schon die Tatsache, daß jemand konservativ oder monarchistisch eingestellt war, erscheint ihnen als verwerflich, ja als Schuld. Nur ein sehr bindingsloser politischer Liberalismus wird als verantwortlich angesehen. Dabei werden deutsche und etwa englische politische Verhaltensweisen in der Vergangenheit, auch wenn sie parallel lagen, sehr unterschiedlich beurteilt, bei den Engländern wird alles entschuldigt, uns alles angekreidet. Hierzu ist festzustellen: es gibt sehr verschiedene Gesichtspunkte, die bei der Beurteilung unserer geschichtlichen Entwicklung geltend gemacht werden können. Aber es erscheint als ungerechtfertigt, ein bestimmtes Geschichtsbild, das man in diesem Fall als links-liberal charakterisieren könnte, zur Norm zu erheben und abweichende politische Haltungen abzuwerten. Es ist das Verdienst des Liberalismus, daß er dem Toleranzgedanken die Tür aufgebrochen hat. Es ist aber eine oft feststellbare Tendenz, daß sich der Liberalismus leider absolut setzt und abweichende Auffassungen sehr untolerant als reaktionär verketzert und heute sehr schnell behauptet, diese hätten notwendig zum Nationalsozialismus führen müssen. Von da aus erscheint auch die Entwicklung der Bundesrepublik nach 1945 als restaurativ und verfehlt. Überall glaubt man feststellen zu müssen, daß ein falsches Autoritätsdenken und eine Bejahung der geschichtlichen Kontinuität vorläge, die dem liberalen Denken widerspricht. Von den Kritikern wird übersehen, daß gerade die christlichen Kreise, die sich etwa in den bekennenden Gemeinden nach 1933 zusammenschlossen und vom Nationalsozialismus distanzieren, die Erfahrung machten, daß der Liberalismus keine tragfähige Basis zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den totalitären Staat bot. Deshalb haben viele Christen, die Gegner des Nationalsozialismus waren, nach 1945 bewußt nicht im Rückgriff auf den Liberalismus den richtigen Neuanfang gesehen, sondern geglaubt, aus christlicher Verantwortung eine neue Ordnung aufbauen zu müssen.

Buße und Vergebung

Zur idealistischen Grundüberzeugung, der Mensch könne sich selbst nicht nur läutern, sondern seine Vergangenheit wirklich bewältigen, ist vom christlichen Standpunkt aus zu sagen: es ist die Grunderkenntnis unseres Glaubens, daß dies dem Menschen nicht möglich ist. Wir können nicht aus unserer eigenen Haut heraus, nicht selbst mit unserer Vergangenheit fertigwerden, nicht selbst unsere Schuld bereinigen. Der einzige Weg ist Buße und Vergebung. Das Neuwerden ist Tat und Wunder Gottes.

Hierfür gibt es einen bemerkenswerten, aktuellen Hinweis. Walther Schmieding hat in seinem Buch „Kunst oder Kasse. Der Ärger mit dem deutschen Film“ — 1961 — eine Bilanz des deutschen Films nach 1945 versucht. Dabei zeigt er, wie bedeutende Regisseure wie Helmut Käutner oder Wolfgang Staudte eine Bewältigung der Vergangenheit in Form der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in ihren Filmen versucht haben. Es ist das Versagen des deutschen Filmes,

daß ihnen das nicht gelungen ist. Sie zeichnen nur die Greuel nach, sie schildern das politische Geschehen als ein unabwendbares Schicksal oder sie verteufeln einzelne oder Gruppen von Menschen. Auf diese Weise entschuldigen sie die anderen, vermögen aber nicht den Weg zur Bewältigung zu zeigen. Es ist ihnen nicht gelungen, uns in überzeugender Weise mit unserer Mitschuld zu konfrontieren. Der deutsche Film nach 1945 war im ganzen trotz ehrlicher Bemühungen um die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach Schmieding alles andere als eine wirkliche Hilfe zur Bewältigung der Vergangenheit. Hier zeigt sich die Grenze, an die der Mensch stößt. Er vermag nicht, aus eigener Kraft mit seiner Vergangenheit und Schuld fertig zu werden und sich den Weg ins Freie zu bahnen. Wer das erwartet, wird enttäuscht, ja verbittert. Die metaphysische Schuld ist vom Menschen nicht zu bewältigen.

Bewältigung der Vergangenheit als menschliche Möglichkeit betrifft für den Christen deshalb nicht die metaphysische Schuld, sondern die politische. Hier bedeutet sie dann etwas sehr Einfaches und Nüchternes, nämlich, daß wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und es politisch besser machen. Dabei ist in Rechnung zu setzen, daß geschichtliche Situationen einmalig sind und sich nie in gleicher Weise wiederholen. Nur Toren können meinen, die Zerstörer unserer Demokratie müßten das nächste Mal in jedem Fall wieder mit nationalistischen Parolen und Kommißstiefeln auftreten. Der gefährliche Feind ist nie eine Schablone, die sofort kenntlich ist. Er kommt im zeitgemäßen und deshalb verführerischen Gewand, weil er verspricht, es besser und gerechter auszurichten als seine Vorgänger. So sind die Lehren der Vergangenheit nicht leicht zu erheben und schon gar nicht mechanisch auf die Gegenwart zu übertragen. Trotzdem müssen wir uns auf sie besinnen.

Lehren aus der Vergangenheit

Was können wir aus der Geschichte unseres Volkes, insbesondere aus der Periode zwischen den beiden Weltkriegen lernen? Hier scheint sich eine Fülle von Erkenntnissen anzubieten, aber sobald wir aus ihnen verbindliche Sätze machen, schrumpfen sie zusammen. Es erweist sich, daß verschiedene Menschen je nach ihrer Grundeinstellung und politischen Sicht zu verschiedenen Urteilen kommen. Und das, worin sich ein Konsensus erzielen läßt, ist so allgemein, daß es nur wenig hergibt. So ist die erste Erkenntnis die, daß die Geschichte, auch und gerade wenn wir sie gründlich bedenken, nur sehr bedingt Lehrmeisterin für die Gegenwart sein kann. Es könnte sein, daß der, der auf die Vergangenheit starrt, an den Problemen von gestern hängenbleibt und die drängenden Forderungen des Heute übersieht. So ist es eine Gefahr der evangelischen Christenheit, daß sie über dem Trauma, in der sozialen Not des 19. Jahrhunderts nicht das lösende Wort gefunden zu haben, den Anschluß bei der Lösung der Probleme des 20. Jahrhunderts verpaßt. Bewältigung der Vergangenheit erfordert Öffnung für die Gegenwart mit ihren neuen Forderungen.

Daß wir trotzdem etwas gelernt haben, zeigt sich am Grundgesetz der Bundesrepublik. Die Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik haben versucht, aus den staatlichen und politischen Erfahrungen zwischen den

Weltkriegen zu lernen. Ihre Entscheidung für die Demokratie war ihnen nicht nur von außen aufgedrängt. Sie waren überzeugte Demokraten, die für ihre politische Überzeugung meist persönlich gelitten hatten. Ihr Werk unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht von der Weimarer Verfassung. Zunächst darin, daß das GG in seinen ersten 19 Artikeln die Grundrechte des Menschen behandelt. Es werden die Menschenrechte, die im Dritten Reich so schmählich verraten wurden, definiert und zur obersten Norm erhoben. Das GG spricht damit aus, daß es etwas Unabdingbares gibt, was jede Regierung respektieren muß und was nicht manipuliert werden darf. Diesen Werten verpflichtet, wurde eine demokratische Ordnung geschaffen, nicht weil sie die einzig vollkommene und heilsame Staatsform wäre, sondern weil sie im Blick auf die Sicherung jener Menschenrechte, die in unserer Situation relativ beste Lösung darstellt.

Diese nüchterne Sicht der parlamentarischen Demokratie ist durch den Blick auf Geschichte und Untergang der Weimarer Republik bedingt. Die Verfasser des GG sahen, daß eine Überspitzung der demokratischen Prinzipien, wie sie die Weimarer Verfassung zeigt, die Demokratie lebensunfähig und instabil macht. Sie kann nur funktionieren, wenn sie sich selbst begrenzt. So wurde der Artikel 67 eingebaut, der bestimmt, daß der Kanzler nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt werden kann; also nur durch eine Opposition, die sich auf ein positives Programm und auf einen neuen Kanzler zu einigen vermag, nicht aber durch einen Haufen von Mißvergnügten. Durch diesen Artikel hat die Bundesrepublik die gleiche Regierungsstabilität erlangt, wie sie die Präsidialdemokratie der Vereinigten Staaten kennzeichnet.

Konrad Adenauer, der nur mit einer Stimme Mehrheit 1949 gewählt wurde, hat es verstanden, mit dem Instrument, das ihm das GG in die Hand gab, zu arbeiten und aus seinem Kanzleramt alles Denkbare herauszuholen und dabei nicht nur die Zustimmung der Parlamentsmehrheit, sondern auch der Wähler zu finden. Die durch ihn in anderthalb Jahrzehnten ausgeübte Führung hat unter vielen Deutschen Kritik und Unbehagen ausgelöst. Ohne die Berechtigung der Kritik im einzelnen zu bestreiten, glaube ich aber, daß das Auftreten starker Persönlichkeiten in der Demokratie und ihr u. U. dominierender Einfluß, wenn sie die Verfassung achten, nicht als Fehler gewertet werden sollte, sondern eher als Glück. Bei den älteren Demokratien der Welt hat es immer wieder solche Persönlichkeiten gegeben. Beklagt werden sollte vielmehr, daß unser Parlament, und zwar auch die Opposition, nicht sehr viel mehr solcher starker Persönlichkeiten aufweist, die es mit einem Adenauer aufnehmen konnten. Wir werden mit Freude jetzt konstatieren, daß Ludwig Erhard das ihm übertragene Amt mit gleicher Vollmacht ausübt wie sein Vorgänger.

Hier ergibt sich eine ernste Frage an die Akademiker: Haben sie die Lektion von Weimar gelernt, daß man das politisch-parlamentarische Feld nicht in hoher geistiger Distanz ändern überlassen kann, während man selbst zu vornehm und bedeutend ist, um sich in Wahlversammlungen zu schlagen und in parlamentarischer

Kleinarbeit zu verbrauchen? Gehört nicht zur Bewältigung der Vergangenheit die Einsicht, daß nicht andere die Kohlen aus dem Feuer holen sollen, die man dann noch wegen ihrer fragwürdigen Leistung kritisiert, sondern wir selbst an die Front demokratischen Lebens müssen? Unser Volk müßte heute seine besten Kräfte in die Parlamente schicken, und es sollte nicht vorkommen, daß ein bedeutender Staatsrechtslehrer seinen Studenten im Kolleg erklärt: Für die Parlamente genühten heute Prokuristen.

Was hat das Volk gelernt?

Was aber hat das Volk selbst gelernt? Das GG war die Arbeit weniger, auch wenn es durch die Länderparlamente angenommen werden mußte. Aber alle Wahlen seit 1949 haben gezeigt, daß auch das Volk selbst aus der Geschichte seine bescheidene Lektion gelernt hat: Es hat nur eindeutig demokratischen Parteien seine Stimme gegeben, und allen undemokratischen Gruppen sein Vertrauen entzogen. Das mag relativ äußerlich und wenig sein, aber bei nüchterner Betrachtung ist es doch die notwendige Grundentscheidung für den anderen, nämlich demokratischen Weg und die politische Absage an den verfehlten Weg der Vergangenheit, so komplex die Motive der Wahlentscheidungen sein mögen.

Hier bleibt das Problem des Antisemitismus, von dem gesagt wird, er sei in unserem Volk nicht überwunden. Das Grundgesetz erklärt in Artikel 3,3, daß es keine rassische Diskriminierung geben dürfe, und unsere Gerichte verfolgen antisemitische Äußerungen. In der Presse wird — abgesehen von einigen Winkelblättern — jedes Zeichen von Antisemitismus scharf angegriffen. Zugleich erheben eine Reihe von Blättern den Vorwurf, das deutsche Volk sei innerlich nicht vom Antisemitismus abgerückt und die Bundesrepublik habe ehemaligen Nazis nicht nur Unterschlupf gewährt, sondern sie oft

An unsere Leser!

Es erreichen uns immer wieder Klagen von Lesern, die die Evangelische Verantwortung nicht erreicht. Da die Zeitschrift durch den Postzeitungsdienst ausgeliefert wird, sind Reklamationen an das zuständige Postamt und nicht an die Redaktion zu richten.

Um jede Fehlerquelle in der Anschriftenkartei auszuschalten, werden wir einem der nächsten Hefte der Evangelischen Verantwortung eine Antwortkarte beilegen. Wir bitten unsere Leser freundlichst, diese mit ihrer richtigen Anschrift an den Verlag zu senden.

Die Schriftleitung

wieder an einflußreiche Positionen gestellt. Dies sei ein deutliches Zeichen, daß der Wille zur Bewältigung der Vergangenheit bei uns nicht bestehe.

Prüfen wir diese Frage, so ergibt sich: Es ist wahr, daß Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen wieder in bundesdeutsche Behörden aufgenommen worden sind. Die Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten im Bundesverfassungsschutz hat die deutsche Öffentlichkeit vor einiger Zeit stark bewegt. So kritisch man gegen die Wiederverwendung solcher Leute an wichtiger Stelle sein muß, kann man doch nicht generell urteilen, sondern muß jeden Fall einzeln untersuchen. Es ist charakteristisch, daß diejenigen, die im sogenannten Dritten Reich in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus standen und die ganze Zeit in Deutschland verbracht haben, sehr viel vorsichtiger und barmherziger urteilen als jüngere Publizisten, die damals noch in der Schule waren, oder als Emigranten. Wer jene Zeit miterlebt hat, weiß, daß die Zugehörigkeit zu einer nationalsozialistischen Organisation zur Beurteilung allein nicht ausreicht, sondern daß das persönliche Verhalten des Betroffenen geprüft werden muß. Es hat Leute innerhalb der Organisationen gegeben, die besser Widerstand geleistet haben als andere, die sich verkrochen. Dies weiß nur die Generation, die es damals versuchte, sich gegen den Nationalsozialismus zu behaupten.

Was die innere Überwindung des Antisemitismus betrifft, so möchte mir manchmal scheinen, sie wäre weiter gediehen, wenn nicht jede antisemitische Äußerung unter Strafe stünde. Die strafrechtliche Verfolgung beschränkt die freie Diskussion und hat in manchen Kreisen den Eindruck erweckt, die prosemistische Sicht habe gesiegt, weshalb man guttäte, ihr nicht öffentlich zu widersprechen. Man ist mundtot, aber nicht überzeugt. Alle Bemühungen der Bundesregierung, der Kultusministerien und der Bundeszentrale für Heimatdienst, auf dem Wege der politischen Bildung den Antisemitismus zu überwinden, lassen sich in ihrem Erfolg nicht übersehen. Sie könnten dazu mitgewirkt haben, das Problem zu verdrängen. Hier befinden wir uns in einem echten Dilemma. Nur die unemotionale und ganz sachliche Behandlung der Frage im kleinen Kreis und die persönliche Begegnung zwischen Juden und Deutschen kann wirklich weiterhelfen. Auch die Reisen unserer Jungen nach Israel und die Mitarbeit in internationalen Aufbauagarn ist ein positiver Schritt zur Überwindung des Antisemitismus.

Versuchen wir noch einige weitere Erkenntnisse aus der Geschichte zu gewinnen, ohne dabei Vollständigkeit zu erstreben, so muß es bei Andeutungen bleiben: Haben wir im politischen Parteiwesen etwas gelernt? Ich glaube wohl. In der Weimarer Republik hat sich das Dominieren des Klassenegoismus wie der wirtschaftlichen Interessen als verhängnisvoll erwiesen. Desgleichen der konfessionelle Gegensatz, der Christen beider Kirchen nicht zu gemeinsamem politischen Einsatz kommen ließ und die evangelischen Christen weithin für konservative oder nationalistische oder andere Interessen politisch einspannte. Die Konzentration auf wenige große Parteien, die das Ganze im Auge haben, ist deshalb eine richtige Konsequenz.

Die Ideologisierung der Politik, in der die Parteien in der Weimarer Republik ihre Programme als Heilslehren für eine bessere Welt vortrugen, bewirkte zwar eine große Opferbereitschaft, zugleich aber auch einen Fanatismus und zerstörte die nüchterne Sachlichkeit. Die Entideologisierung unseres politischen Lebens, die sich in der gesamten westlichen Welt abzeichnet, ist zu begrüßen, auch wenn dadurch die politische Auseinandersetzung langwieriger geworden ist. Über den Sachfragen sollte aber der Wert der Grundrechte und die Bindung der Gewissen durch den Glauben nicht gering geachtet werden. Es ist falsch, wenn gesagt wird, der Westen habe keine Idee. Er hat zwar keine Ideologie oder sollte sie doch nicht haben. Dagegen haben wesentliche Ideen sich in unserer Gesellschaftsordnung eine Gestalt gegeben und stellen uns die Aufgabe einer immer besseren Verwirklichung.

Und wie steht es mit unserem Verhältnis zu anderen Nationen? Unser Volk hat durch den totalen Zusammenbruch, aber auch durch den Aufbau der EWG und das Ziel des vereinigten Europa gelernt, daß nicht nationaler Egoismus Grundprinzip politischen Handelns sein darf, sondern es auf partnerschaftliches Zusammenwirken der Nationen ankommt. Diese Erkenntnis rechtfertigt es, von uns Vorleistungen und wirtschaftliche Opfer zu verlangen. So haben wir in der EWG viele Vorleistungen und Opfer gebracht. Da andererseits das Wirtschaftswunder das persönliche Gewinnstreben als Triebfeder angesprochen hat, muß der deutsche Bürger noch viel mehr lernen, partnerschaftlich zu denken. Der Protest gegen solches partnerschaftliches Denken, der im Ressentiment gegen die Entwicklungshilfe heute vielfach laut wird, ist ein Zeichen des Rückfalls in nationalen Egoismus.

Sorge um unser Staatsbewußtsein

Schließlich stellen wir uns die akute Frage nach dem Staatsbewußtsein: Die Weimarer Republik ist mit daran zugrundegegangen, daß jener Staat von der Mehrheit seiner Bürger innerlich abgelehnt wurde. Eine Demokratie braucht ein Staatsbewußtsein, das sie trägt. Gerade dieses ist in der Bundesrepublik, die sich aus vielen Gründen selbst als Provisorium erklärt hat, nur sehr bedingt entstanden. Das ist ein bedenkliches Symptom. Ein neues Staatsbewußtsein müßte sich heute deutlich von der konservativen Treue zur Krone unterscheiden, wie auch vom Nationalgefühl des 19. Jahrhunderts. Staatsbewußtsein ist die Identifizierung mit dem Ganzen, die doch sich und dem Ganzen kritisch prüfend und zugleich bereit zum Dienst gegenübersteht.

Dies alles führe ich an, um deutlich zu machen: Wir sind im Prozeß der Neuorientierung. Er ist anfänglich und wenig spektakulär, aber er ist im Gange. Wir alle müssen uns um ihn kümmern. Aber kann man von einem Volke als ganzem sehr viel mehr erwarten? Bedeutet dieser Prozeß schon Bewältigung der Vergangenheit? Aber hat es andere Völker gegeben, etwa das jüdische nach dem Exil, das freilich eine Sonderstellung hat, oder das französische nach Napoleon, die als ganze in anderer, tieferer Weise mit sich und ihrer Vergangenheit ins Gericht gegangen wären und sich dabei wirklich er-

neuert hätten? Nun, diese Fragen sollen uns nicht entschuldigen, wohl aber zur Nüchternheit ermahnen.

Zunächst machen sie uns bewußt, daß es auch in einem Volk immer um den Einzelnen geht. Das gilt auch im Blick auf unsere Massengesellschaft. Eine in die Tiefe gehende Neuorientierung ist letztlich die Sache Einzelner oder kleiner Gruppen. Gerade in unserer modernen Gesellschaft, in der die Menschen, wie David Riesman gezeigt hat, „außengeleitet“ sind, d. h. sich nach den anderen richten, kommt unerhört viel auf das Vorgehen und die Entscheidung Einzelner an. Ich denke an Einzelne, die nicht nur lamentieren, wie es manche Publizisten heute tun, und nur über die andern jammern, die so unmöglich sind. Es geht um einzelne, die in überzeugender Weise den Weg der Neubessnung beschreiten und ihre größere und kleinere Umgebung entsprechend beeinflussen. Wir können an eine Gestalt wie unseren ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß denken. Er hat sich mit der Geschichte der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Er hat z. B. das Wort von der Kollektivschuld abgelehnt, aber von Kollektivscham gesprochen. Er hat sich positiv zur Bundesrepublik gestellt und hat nicht in das Wehgeschrei ihrer sich moralisch gebenden Kritiker eingestimmt. Er hat damit Vertrauen im Ausland erworben — nicht zuletzt in Israel — und uns Deutschen geholfen, ein Stück des notwendigen Selbstbewußtseins in kritischer Abgrenzung gegen Irrwege, aber auch in Bejahung unserer Geschichte wiederzugewinnen. Der Weg von Theodor Heuß ist beispielhaft für das, was echte politische Bewältigung der Vergangenheit sein sollte.

An dieser Stelle wird nun die evangelische Sicht bedeutsam: Es gibt nichts, was den Menschen so nüchtern, so kritisch und doch so barmherzig beurteilt, wie der christliche Glaube. Er weiß, daß wir Menschen Sünder sind und uns aus unserer Sünde nicht mit eigener Kraft befreien können. Wir können nicht aus unserer Haut

heraus und können uns nicht aus eigenem Entschluß wandeln.

Dies gilt für jeden einzelnen Menschen, für ein Volk als Kollektiv und für die Repräsentanten eines Staates. Sie können versuchen zu lernen und einen neuen politischen Weg einschlagen, sie können geschehenes Unrecht klar „Verbrechen“ heißen und es mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgen. Sie können Anstrengungen zur Wiedergutmachung und zu einem erfolgreichen Wiederaufbau unternehmen. Aber über diese Grenze können sie nicht weg.

Wenn vom deutschen Volk Bewältigung der Vergangenheit gefordert wird, ist das berechtigt in dem soeben abgesteckten bescheidenen Rahmen. Hier ist noch viel zu tun, insbesondere auf dem Gebiet der Gewinnung eines klaren Urteils über das Geschehene. Aber es ist auch schon viel getan worden und es wäre ungerecht, dieses zu leugnen. Sofern aber vom Staat und der Regierung, ja vom Volk selbst erwartet wird, sie sollten eine innere Umwandlung und Erneuerung erreichen, verlassen wir den Boden evangelischer Nüchternheit und begeben uns auf die Ebene idealistischer Illusion, als könne der Mensch sich aus eigener Kraft wandeln und von seiner Schuld befreien. Dies soll zwar geschehen, aber es kann durch nichts anderes Ereignis werden, als durch die Vergabung, die durch die Predigt des Evangeliums Menschen zuteil wird, die ihre Sünde erkennen und bereuen. Daß dieses geschieht, steht letztlich allein in Gottes Hand, der in unserer Mitte durch die Kirche das Evangelium verkündigen läßt.

Wir sehen an dem Problem der „Bewältigung unserer Vergangenheit“, daß „politische Verantwortung in evangelischer Sicht“ eine nüchterne und doch befreiende Sache sein sollte. Sie führt uns dazu, klar zu unterscheiden, was politisch möglich und erreichbar ist und was sich zwischen Gott und uns ereignen kann und sollte.

Am furchtbarsten erscheint dieses Dämonische, wenn es in irgend einem Menschen überwiegend hervortritt. Es sind nicht immer die vorzüglichsten Menschen, weder an Geist noch an Talenten, selten durch Herzensgüte sich empfehlend; aber eine ungeheure Kraft geht von ihnen aus, und sie üben eine unglaubliche Gewalt über alle Geschöpfe, ja sogar über die Elemente, und wer kann sagen, wie weit sich eine solche Wirkung erstrecken wird? Alle vereinten sittlichen Kräfte vermögen nichts gegen sie, vergebens, daß der hellere Teil der Menschen sie als Betrogene oder Betrüger verdächtig machen will, die Masse wird von ihnen angezogen. Selten oder nie finden sich Gleichzeitige Ihresgleichen, und sie sind durch nichts zu überwinden als durch das Universum selbst, mit dem sie den Kampf begannen, und aus solchen Bemerkungen mag wohl jener sonderbare, aber ungeheuerer Spruch entstanden sein: *nemo contra deum nisi deus ipse*. Goethe, Dichtung und Wahrheit, 4. Teil, 20. Buchr.

Das Engagement der Intellektuellen gegenüber dem Staat

Arnold Gehlen

Mit diesem Aufsatz setzen wir den Abdruck der auf der Münchener Jahrestagung des Arbeitskreises gehaltenen Referate fort. Der Vortrag wurde auch von der Monatschrift „Merkur“ (Mai 1964) veröffentlicht.

Die Schriftleitung

Einleitend sei bemerkt, daß ich zwar als Soziologe, jedoch nicht im Namen der Soziologie spreche, denn deren Entwicklung ist selbst in elementaren Fragen noch unabgeschlossen. Der Einzelne kann sich daher nicht auf schon erreichte Einverständnisse stützen, er kann das Risiko des Versuchs nicht vermeiden. Zu der Fassung des Themas wäre außerdem zu sagen, daß das durchaus problematische Verhältnis der Intellektuellen, die sich engagiert fühlen, hier vor dem Hintergrund unserer bundesdeutschen Staats- und Gesellschaftsordnung zu sehen ist; wir verstehen also unter Staat „das Gemeinwesen“ in der geschichtlich so zustande gekommenen Einmaligkeit.

Zum Glück kann ich mich für den Anfang, nämlich für die Frage: wen meint der Ausdruck „Intellektuelle“, auf einen klassischen Vorgänger stützen, auf Joseph A. Schumpeter, in dessen unschätzbarem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, das zuerst 1942 in New York erschien, sich im 13. Kapitel ein langer Abschnitt mit der Soziologie der Intellektuellen befaßt.

Die Intellektuellen und ihre soziale Situation

Es heißt dort: die Intellektuellen bilden keine Klasse in dem Sinne, wie die Bauern oder Industriearbeiter soziale Klassen bilden, denn sie kommen aus allen Ecken und Enden der sozialen Welt, und obwohl sie sich zum Teil gegenseitig bekämpfen, so entwickeln sie doch Gruppeninteressen von genügender Stärke, um eine große Zahl von ihnen zu einer Ähnlichkeit des Verhaltens zu bringen, wie man es gewöhnlich mit dem Begriff der sozialen Klasse verbindet. Es handelt sich um Menschen, die die Macht des gesprochenen und geschriebenen Wortes handhaben, und gewisse Berufe, sagt er, wie etwa die Journalisten, gehören beinahe völlig zur Domäne des intellektuellen Typs. Schumpeter vergißt aber nicht die wichtige Bemerkung, daß eigentlich jeder, der die moderne Bildung genossen hat, ein potentieller Intellektueller ist. Er gibt dann drei Merkmale, die den gemeinten Kreis wenigstens ungefähr abgrenzen sollen, nämlich erstens das Fehlen der direkten Verantwortlichkeit für praktische Dinge, weiter das Fehlen jener Kenntnisse aus erster Hand, wie sie nur die tatsächliche Erfahrung geben kann, und drittens die Neigung zu einer kritischen Haltung.

Das klingt abwertend, aber man kann die Bewertung zurechtrücken mit der Einsicht, daß wir alle ja nur in dem stets beschränkten Bereich der hautnahen Praxis eigentlich zuständig sind, während wir uns angesichts der überwältigend größeren Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, von denen wir nur informatorisch, aus

zweiter oder dritter Hand einiges erfahren, mitstellungen, mit Gefühlen der Billigung oder Ablehnung begnügen. Wenn wir uns das klarmachen, dar stehen wir die, ich möchte sagen: sozialtechnisch vorgerufene Zwangslage besser, in der sich die Intellektuellen befinden. Wir müssen als ihre Kerngruppe Publizisten aller der Medien ansprechen, die Informationen vermitteln, zuzüglich der engagierten Schriftsteller, die in ihre freie Schriftstellerei kritische Tendenzen hineinnehmen, sich folglich rein künstlerischen Wertungen entziehen.

Nun hatte Schumpeter einen Hauptzug im Verhalten der Intellektuellen, nämlich ihre Unzufriedenheit: Kritikbereitschaft, auf die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bezogen, eine gefühlsmäßige Anhänglichkeit zu erwecken; und diese Argumente waren, von Amerika um 1940 aus gesehen, einleuchtend. Man könnte ihr heute nicht beitreten. Wir haben Grund anzunehmen, daß auch die östlichen Systeme, die nicht kapitalistisch nennen kann, mit einer erheblichen Opposition unter ihren eigenen Intellektuellen rechnen müssen, und was uns betrifft, so wendet sich der Grad des Unmuts, wie er beispielsweise in Schumpeters wie „Die Alternative“ oder „Ich lebe in der Bundesrepublik“ erschien, gegen eine Gesellschaft, die sich von der amerikanischen um 1940 sehr stark unterscheidet. Wir haben ein riesiges Produktions- und Verteidigungsgefüge aufgebaut, in dem sich Elemente der freien wirtschaftlichen Initiative mit sehr zahlreichen gezielten Produktionshilfen des Staates mischen und durchdringen, in dem in einer beispiellosen Vollständigkeit Millionen von Menschen wirksam gegen die verschiedenen Lebensrisiken abgesichert sind, und das eine langfristige Steigerung des Lebensstandards und des Anspruchsniveaus aller Klassen erzielt hat; das alles mit einer sehr wachen Rechtsschutzgarantie, einer einzigartigen Bewegungsfreiheit, Gesinnungsfreiheit, Äußerungsfreiheit selbst gegenüber solchen Menschen, deren Bindung an dieses System bloß noch darin zu bestehen scheint, daß sie diese Freiheiten in Anspruch nehmen — dennoch: die Aggressivität großer Teile der Intellektuellen scheint eher zu- als abzunehmen, man kann also nicht als Antwort auf die kapitalistische Epoche verstehen.

Damit ist der Gang meiner Untersuchung vorgezeichnet. Auch ich glaube, daß die sozialkritische Aggressivität vielleicht sogar Überreiztheit so vieler Intellektueller objektive und strukturelle Ursachen hat, und ich stelle diese Überlegungen in der Absicht an, das gegenseitige Verständnis zwischen ihnen und der Fachwelt der Praktiker jeder Art verbessern zu helfen. Diese Praktiker der Politik, der Wirtschaft, der Verwaltungen jeder Art, der Verbände und Gewerkschaften, der gelehrten Berufe sind verantwortlich für die Gestaltung des Gemeinwesens, an sie richtet sich die Kritik der Publizisten zwischen diesen Mächten müssen die Kontakte verbessert werden.

Ich wiederhole noch einmal, daß ich unter der Kurzformel „Intellektuelle“ diejenigen verstehe, die die Macht des gesprochenen und geschriebenen Wortes handhaben, im Schwerpunkt also die Publizisten und engagierten Schriftsteller. Es sind strukturelle Gründe, die hier zu einer Ansammlung von Groll und Unzufriedenheit führen, die sich nun umsetzt in eine Kritik an der Sozialordnung. Dies macht die typische Haltung des intellektuellen Zuschauers gegenüber den Institutionen der großen hochindustrialisierten Gesellschaften aus. Jene Gruppe existiert also kraft einer objektiven Notwendigkeit, und sie ist aus denselben Gründen frustriert, d. h. in einer Vergeblichkeitslage — eben diese Situation kann sich nur als tiefsitzende Unzufriedenheit und Haßbereitschaft niederschlagen.

Um nun zu den Einzelheiten zu kommen, wähle ich die folgende Ordnung: zunächst soll die geistige und moralische Situation der Menschen beschrieben werden, die sich mit der Wirklichkeit nicht so sehr handelnd wie im Bewußtsein auseinandersetzen, und in dieser Lage befinden sich die Intellektuellen. Anschließend will ich auf die Idee des Fortschritts zu sprechen kommen, dem sie sich verschreiben müssen, und dessen praktische Chancen einmal zu überlegen sind.

Beginnen wir mit der Feststellung, daß wir alle, in einer so schnell sich verändernden, so riesigen und komplizierten Welt lebend, nicht mehr jeder den engen Bereich unserer ehrlichen praktischen Erfahrung in diese Welt hinaus verlängern können. In früheren Zeiten hatte ein Bauer 80% der Probleme seiner Gesellschaft begriffen, weil 80% der Bevölkerung so lebten wie er. Hauchdünn war die Schicht der Gebildeten, der Wissenschaftler und Theologen, der Hofbeamten, der größeren Kaufleute, die weitere Horizonte hatten, auch sie kamen mit dem moralischen Erfahrungen ihrer Väter und Großväter aus. Wir dagegen leben inmitten von Ereignisströmen, die nach Dimension und Eigenart sich jeder Beschreibung entziehen, die auch grundsätzlich ihrer Qualität nach erstmalig sind, so wie die Welt-Industrie-Kultur selber erstmalig ist. Eine Anzahl von auffälligen Einzelheiten aus diesen ozeanischen Ereignismassen werden täglich um den Erdball herum telegraphiert und abgebildet, kaum je wissen wir Einzelne, was diese Informationen jeweils bedeuten, für was sie stehen. Andererseits ist es unmöglich, sie zu ignorieren, denn wir haben erlebt, daß sich hinter dem, was sich so stündlich an Nachrichten absetzt, bedrohliche Großwetterlagen zusammenziehen können, die sich bis in unser Haus hinein entladen könnten. Es gibt Trends, die jeder Vorstellbarkeit spotten, wie z. B. die laufende sog. Bevölkerungs-Explosion, die zu einer Verdoppelung der Menschheit im Laufe der nächsten 40 Jahre führen kann.

Zwang zum Weltverkehr

Unser Bewußtsein ist daher zu einem ausschweifenden Weltverkehr genötigt, ohne daß wir uns doch wirklich orientieren könnten und ohne daß der Reichweite dieses Neuigkeitenbereichs auch nur annähernd Möglichkeiten echter Praxis entsprechen würden. Über die moralische Seite dieser technisch erzeugten modernen — ich möchte sagen: reich informierten Weltfremdheit spreche ich nachher; hier soll uns nur die intellektuelle Seite

interessieren. Auch auf dem engeren Bereich einzelner Kulturzweige lassen sich überall Beweise finden, daß die Erstmaligkeit der Industriekultur schlechthin auf jeden einzelnen Zustand abfärbt, mit der Folge, daß unsere aus der Vergangenheit überlieferte Sprache versagt. Die berühmte Frage: „Ist das noch Kunst?“ bietet ein Beispiel für diese Verlegenheit. Zu den erregenden Ereignismassen der Aktualität tritt daher die steigende Mühe, die Einzelheiten überhaupt noch in den Begriff zu zwingen, der nicht mehr richtig greift. Die Sprache ist älter als diese Welt, und infolgedessen entfremden sich uns beide. Dennoch können wir uns nicht abschließen, denn die Ereignisse entstehen nicht nur, sondern sie werden uns informativ aufgenötigt.

Man kann zu der Vorstellung kommen, die Kompliziertheit der großen gesellschaftlichen Trends mit ihrer Verwicklung von wirtschaftlichen, biologischen, geistigen Daten habe einen solchen Grad erreicht, daß wir uns durch dazwischen geschobene Begriffe und Schablonen ihre Erkennbarkeit vortäuschen müssen, um überhaupt mitspielen zu können. Und wenn, was heute vorgeht, sich kaum noch erheben läßt, so muß umso rätselhafter werden, was in der Vergangenheit sich abspielte oder gar was sich ereignen wird. Die Frage, was eigentlich mit Kuba während der Raketenkrise vorging, erscheint mir als ebenso dunkel wie die, was aus den Verschiebungen in Italien sich ergeben wird. Dabei ist es selbstverständlich, daß es Menschen gibt, für die solche Fragen im Umkreis ihrer Berufarbeit liegen; aber gerade der Experte hat ein genaues Bewußtsein seiner Wissensgrenzen, er erweckt umso mehr Vertrauen, je bereitwilliger er diese Grenzen zugibt.

„Einig sein und wieder aufbauen“, schrieb Leuschner einen Tag vor seiner Hinrichtung. Und als er zum Galgen geführt wurde, sagte er seinen — Gefährten in Zeichensprache nur das eine Wort „Einigkeit!“. Für den Bestand unserer pluralistischen Gesellschaft und unseres freiheitlichen Rechtsstaates ist es entscheidend, ob sich in allen Lebensbereichen und Institutionen Menschen finden, die klar erkennbaren Leitlinien folgen und sich beispielhaft mit bestimmten Verantwortungen identifizieren. Für solch ein Leben hält die Geschichte des Widerstandes leuchtende Vorbilder bereit.

General Graf Baudissin am 20. Juli 1964

Wenn ich mir nun die Gereiztheit der Intellektuellen oder eines sehr großen und wortfähigen Teiles von ihnen gegenüber der Gesellschaft klarmachen will, in der sie leben, so scheint mir die Vermutung plausibel, daß der dauernde ausschweifende Weltverkehr des Bewußtseins ohne die Möglichkeit, handelnd und praktisch tätig zu werden, ungemein belastend ist. Unter einem pausenlosen Beschuß von Schwachstrominformationen über entfernte, undurchdringliche und sehr oft schockierende Ereignisse kann man sich nicht anders halten als so, daß man Meinungs- und Gesinnungsschablonen folgt.

Die ideologische Verhaftung

Damit haben wir die ideologische Verhaftung verstanden, die bei denjenigen, die aus Worten in Worte tätig sein müssen, geradezu ein Standesmerkmal bildet. Wir alle leben in einer Erfahrung zweiter Hand neben unserer je engen Praxis, leben in Informations-Montagen, die rätselhafte Ereignismassen chiffrieren, sie aber leben darin als in ihrem Element. Dann hält man sich nur so, daß man seine Aktivität in den Enthusiasmus von Meinungen und Gesinnungen umgießt. Mit den ehrlichsten Überzeugungen zielt man dann oft genug an der Wirklichkeit der Tatsachen genau vorbei. Der deutsch-amerikanische Soziologe Schoeck berichtet, daß die amerikanische Publizistik von Anfang 1959 bis Ende 1960 eine Diskussion, ob Kuba unter Castro auf dem Wege zum Sowjetsatelliten sei, souverän erstickte, und es anschließend bis Oktober 1962 praktisch unrespektabel machte, die Frage ernsthaft zu diskutieren, ob es dort zu sowjetischen Raketenstützpunkten kommen könne. Ganz ähnlich lag es mit der Berichterstattung in Süd-Vietnam zur Zeit der Herrschaft jener damals gestürzten Familie. In solchen Fällen kommt die Rätselhaftigkeit der erstmaligen Ereignisse zusammen mit schon längst festliegenden Meinungs- und Gesinnungsschablonen, diesmal der Nordost-Intellektuellen der USA, und die Folge war, daß sie alle und auch sich selbst getäuscht haben, wobei ich die Lauterkeit der Überzeugungen bereitwillig zugebe.

Um das Gesagte zusammenzufassen, so meine ich: der Erdball ist von der Technik her klein geworden, die Ereignismassen, über die wir informiert werden, wachsen mit der Schnelligkeit der Übermittlung und der Größe des Einzugsbereiches. Dennoch ist unser Bescheidwissen zum größten Teil fiktiv, die Erstmaligkeit und Kompliziertheit der Ereignisse macht sie undurchdringlich, aber sie rücken uns auf die Haut. Folglich reagieren wir mit Meinungen, mit hülsenhaften, schematischen Vorstellungen, die wir mit Gefühlen aufladen, von denen schwer zu sagen ist, ob sie nicht auch Hülsen sind. Man kann die Lage auch mit dem Begriff „Überforderung“ kennzeichnen. Daß man große Massen von Menschen mit Politik überfordern und ihnen Entscheidungen auferlegen kann, von deren Tragweite sie kaum eine Ahnung hatten, die sie aber dann verantworten mußten — das haben wir gesehen. Aber jenseits unserer eigenen Geschichte sieht es so aus, als ob etwas wie eine Überpolitisierung der gegenwärtigen Menschheit überhaupt vor sich ginge, einfach als Folge des informatorischen Weltverkehrs, der die Angelegenheiten eines jeden Volkes um die Welt herum quasi jedem anderen zur Beurteilung vorlegt, wobei kein einzelner Mensch konkret tätig werden kann. Ich habe keine Zweifel an der Tatsache einer Bewußtseinsüberforderung als allgemeiner Folge des technischen Informations-Potentials. Hier im Kopf erlebt man, daß die Menschen, wie die Zeitschrift TIME im Dezember 1962 sagte, eher Opfer als Kontrollierende einer Gesellschaft sind, die zu groß geworden ist, um in menschlichen Maßen verstehbar zu sein: grown too big to be comprehensible in human terms. In der Mitte dieser Situation leben die Intellektuellen, sie können so wenig wie wir verarbeiten, was täglich in uns hineingeschüttet wird — eine geistig tief entmutigende, frustrierende Lage.

Das Ethos der Intellektuellen

Damit erreichen wir den Punkt, wo zu fragen ist, wie es um das spezifische Ethos der Intellektuellen steht: ich meine die hauptsächlich von ihnen aus verbreitete progressive philanthropische Ethik. Hier können sich auch die Wege trennen: die vorher beschriebene Bewußtseinslage des Zuschauers im informatorischen Weltverkehr teilen wir alle irgendwie, das Feld der Werte dagegen bleibt ein Kampfplatz. Vor einem Kreise christlicher Politiker brauche ich wohl kaum zu betonen, daß es bei höheren Graden der Verantwortung stets darum geht, Motive sehr verschiedenen Ursprungs in einem Handeln zusammenzuzwingen. Ob man von dem Diesseits in seiner Spannung zu Verheißungen ausgeht, die sich auf ein metaphysisches Jenseits beziehen, oder ob man die Forderungen der Sachen mit denen des Gewissens konfrontieren muß — stets bewegt man sich doch in Situationen, deren Gesetze auseinanderklaffen, sie liegen nicht harmonisch zueinander. Sein Reich war nicht von dieser Welt, er nahm den Menschen das antike gute Gewissen des Sieges und der Grausamkeit, er versprach ihnen aber auch keineswegs das größte Glück der größten Zahl, das Wohlleben und das Miteinander-Auskommen. Wenn heute viele Bekundende des Christentums die Tugend der Hoffnung wiedergefunden zu haben scheinen, und zwar der Hoffnung auf eine friedsame sozial-*eudämonistische* Harmonie, dann spricht aus ihnen seine Stimme mit der der Aufklärung gefärbt. Ich bin der Meinung, daß Gott in vielen Herzen allzusehr Mensch geworden ist, und daß es eine neuartige Säkularisierung der Religion gibt, die diesmal nicht nur über die materielle Verweltlichung läuft, sondern über die Moral. Dann wird die Menschheit Subjekt und Objekt ihrer eigenen Verherrlichung, aber im Incognito der christlichen Liebesreligion.

Die dem Weltverkehr des Bewußtseins zugeordnete Intellektuellen-Moral kommt daher in beiden Formen vor: einmal in der Folge der Aufklärung als diesseitige, progressiv gemeinte Solidarethik, und zweitens in der eben genannten neochristlichen Feier der Menschheit durch sich selbst im Namen Gottes. Hier liegt eines der zementiertesten Vorurteile unserer angeblich toleranteren Zeit, und es erscheint mir bisweilen als ein Don-Quichote-Unternehmen, gegen die innere Schiefheit einer Moral anzugehen, die derart weltverbreitet, derart einleuchtend ist. Alles spielt ihr zu: der Rationalismus unserer Zeit, ihre demokratischen Selbstverständlichkeiten, das weit verbreitete Elend in der Welt, dessen Ausmaß wir jetzt erst übersehen und dem noch abzu-helfen ist, der Wille zum Hoffen in einem so betäubend zerschlagenen Volk, und nicht zuletzt der Wahn, die Umarmungsbreite unserer Gesinnungen könne den Maßstäben des Weltverkehrs folgen —: alles das scheint sich wie in einem Brennpunkt in einer philanthropischen Ethik zu vereinigen.

Gesinnungsethik und Verantwortungsethik

Dennoch ist gegen diese Gesinnungsethik, wie gegen jede andere, geltend zu machen, daß sie nur zur Hälfte überzeugt. Jede ist fragmentarisch, auch wenn sie das Herz ganz füllt, die nicht von einer Verantwortungsethik kontrolliert wird. Wir werden hier über Max

Weber nicht hinauskommen. „Wir müssen uns klar machen“, sagte er in der Schrift „Politik als Beruf“, „daß alles ethisch orientierte Handeln unter zwei voneinander grundverschiedenen, unaustragbar gegensätzlichen Maximen stehen kann: es kann ‚gesinnungsethisch‘ oder ‚verantwortungsethisch‘ orientiert sein. Nicht daß Gesinnungsethik mit Verantwortungslosigkeit und Verantwortungsethik mit Gesinnungslosigkeit identisch wäre. Davon ist natürlich keine Rede. Aber es ist ein abgründiger Gegensatz, ob man unter der gesinnungsethischen Maxime handelt — oder unter der verantwortungsethischen: daß man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat.“ Soweit Max Weber.

Unter diesem Licht sehe ich jetzt die humanitäre Gesinnungsethik der Intellektuellen: sie ist wirklich dem Intellekt zugeordnet, dem abstrakten Weltverkehr, so wie ihn die Kulturbedingungen heute herstellen; sie ist eine Ethik der Zuschauenden und Kritisierenden, sie kann nur als Rede, als Ausdruck, als Agitation, vor allem als Vorwurf und Beschuldigung gelebt werden. Zwar schiebt sie sich auch dem Handelnden ins Gewissen, aber er kann mit ihr allein nicht leben, er muß für die Folgen seines Handelns aufkommen; so erlebt er, wie der Zwang der Sachen und sein Gewissen quer zueinander liegen, und das ist das Kreuz, das er tragen muß, der Wahl des Schuldigwerdens kann er oft genug nicht entgehen.

Ich will Ihnen einen philosophischen Aspekt der Sache nicht vorenthalten. Es gehört zu den rätselhaften Dingen, daß man — nach 2000 Jahren christlicher Erfahrung vom Gegenteil — von der Glücksfähigkeit des Daseins überzeugt ist. Anscheinend ist dem Verfall des Glaubens an Gott der Verfall des Glaubens an die Ideale nicht gefolgt, sondern nun werden die Ideale gegen die bestehenden Verhältnisse aufgerichtet, die dann natürlich immer eine schlechte Figur machen. Und so kann auch das Gewissen selbst idealistisch überfordert werden, wenn man glaubt, man könne die dunklen Seiten der menschlichen Natur durch Moral „loswerden“, während man doch hier das Wort „Erlösung“ heranzuführen hätte, oder wenigstens das Wissen um den dauernden Hintergrund kreatürlicher Not und Erblindung, von Mensch zu Mensch unaufhebbar, das Wissen vom Schuldigwerdenmüssen des Handelnden und von dem Verstummen in diesen Erfahrungen.

Deshalb sind die Kritik und die ethische Gesinnung selber zweideutig, sie sind nicht ohne weiteres im Recht, sie haben sich noch auszuweisen. Kritik mag sachlich richtig sein, sie setzt doch immer einen anderen voraus, der etwas getan und hingestellt hat und auf dessen Schultern man sich emporschwingt. Wer kritisiert, überzeugt nur, wenn er irgendeine Instanz angeben will, vor der er seine Kritik schweigen läßt; und die Gesinnungsethik muß zeigen, daß sie nicht bloß im Anmoralisieren anderer besteht, während man selbst nicht in der Verantwortung steht.

Ich will da ein aktuelles und deutliches Beispiel bringen. In Nagold zeigten sich wirkliche und bedauerliche Mängel. Der Fall wurde nun mit jenem ungeheueren Prangereffekt überbeleuchtet, der psychologisch und juristisch noch gar nicht begriffen ist, wie ich glaube.

Er besteht in einer echten gesinnungsethischen Empörung, in einer sogleich ansteckenden Verallgemeinerung und in einer Infamie-Setzung. Das Ganze geschah nun aus der idealistischen Verantwortungs-Befreiung heraus, denn die realen Effekte erfuhren wir, wenn überhaupt, aus der Londoner Times vom 6. Februar, in einem gründlichen Artikel über den herabgedrückten Status der Bundeswehr-Unteroffiziere, wo berichtet wird, daß seit dem Calwer Prozeß die Zahl der Unteroffiziere, die sich für eine weitere Dienstzeit verpflichtet haben, katastrophal gesunken ist.

Wenn ich hier auf die politischen Bezüge der allgemeinmenschlich-philanthropischen Ethik zu sprechen komme, von der ich glaube, daß man sie grundsätzlich nicht ablehnen kann, daß sie aber fragmentarisch ist und sehr leicht zu einer Angriffswaffe gegen das Bestehende entartet, dann muß ich noch eine Tatsache erwähnen: sie rechnet nicht mit einer Grundforderung aller Moral: der Gegenseitigkeit. Denn ihr ist schon gekündigt worden, und zwar von wichtiger Seite: durch die Chinesen. Es gibt von Mao Tse Tung eine „Rede an die Schriftsteller und Künstler im neuen China“, die 1952 in Ost-Berlin erschien und uns hier interessiert, zumal sie unterstellt, daß auch dort die philanthropische Welt-Solidar-Ethik als eine intellektuellen-Gesinnung erscheint. Es heißt dort: „Manche Genossen sagen, daß alles aus Liebe hervorgehen muß. Nehmen wir diese sogenannte Liebe als Beispiel — da müssen wir doch erkennen, daß es in der Klassengesellschaft nur die klassenbedingte Liebe gibt. Diese Genossen jedoch fordern eine über den Klassen stehende allgemeine Menschenliebe, eine abstrakte Liebe, sowie eine abstrakte Freiheit usw. Es gibt jedoch keine über den Klassen stehende abstrakte ‚menschliche Natur‘ . . . Die sogenannte Liebe zur Menschheit, eine allumfassende Menschenliebe, hat es seit der Spaltung der Menschheit in Klassen nicht mehr gegeben. Die wahre Liebe zur Menschheit wird sicher einmal kommen, aber erst nach der Beseitigung der Klassen auf der Welt“.

Dies bedeutet doch, daß man sich die Weltrevolution, und zwar nach chinesischer Vorstellung, nicht abkaufen lassen will, Mao Tse Tung will sie nicht humanitär unterlaufen lassen, er kündigt bereits vorsorglich und verschiebt die Menschenliebe bis auf die Zeit, da er den Klassenkampf seines Stils gewonnen haben wird. Das muß enttäuschend sein — freilich nicht für das authentische Christentum, welches ja nicht damit rechnet, daß dem Menschen Genußtuung geschehe, sondern vielmehr damit, daß der Mensch vom Menschen verlassen wird.

Die soziale Lage der Intellektuellen

Ich habe jetzt gesprochen über die Bewußtseinslage und die Gesinnungsethik der Intellektuellen, natürlich durchaus im Bewußtsein, daß meine Aussagen nur zutreffen auf einen Teil derjenigen, die die Macht des gesprochenen und geschriebenen Wortes handhaben, aber wohl auf den einflußreichsten Teil. Nun soll noch etwas über ihre soziologische Lage gesagt werden. Der Ausdruck „Links-Intellektuelle“ ist deswegen vermieden worden, weil das Wort „links“ mehrdeutig ist. Es wird ja auch in Anspruch genommen von den alten, historisch in der deutschen Geschichte und Leidensgeschichte tief ver-

wurzelten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen, denen niemand die Regierungs- und Verwaltungserfahrung, die Sachnähe und die Verantwortlichkeit bestreiten kann. Aber die Intellektuellen, auch die linksstehenden, haben aus ihrer Geistigkeit und Moral heraus zu allen Institutionen ein gebrochenes Verhältnis, zur Verwaltung, zum Parteiwesen, zur Wirtschaft auf allen Ebenen, zum Rechtsvollzug, zur Armee. Dieses gebrochene Verhältnis kam gerade dann sehr klar heraus, als vor einigen Jahren einige Intellektuelle in der Schrift „Die Alternative“ versuchten, der SPD zu sekundieren; mit halbem Herzen, wie man kurz sagen kann.

Woher stammt dieses gebrochene Verhältnis zur Macht der anderen? Doch wohl daher, daß es sich im Grunde um einen Kampf zwischen zwei Aristokratien handelt. Auf der einen Seite haben wir die engagierten Publizisten und Schriftsteller von bekanntlich sehr großer

Solange nur eine Möglichkeit offensteht, werde ich mich nur in einem Land aufhalten, in dem politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herrschen. Zur politischen Freiheit gehört die Freiheit der mündlichen und schriftlichen Äußerung politischer Überzeugung eines Individuums. . . Wie jedes Individuum, so kann auch jeder gesellschaftliche Organismus psychisch krank werden, besonders in Zeiten erschwelter Existenz. Nationen pflegen solche Krankheiten zu überstehen. Ich hoffe, daß in Deutschland bald gesunde Verhältnisse eintreten werden und daß dort in Zukunft die großen Männer wie Kant und Goethe nicht nur von Zeit zu Zeit gefeiert werden, sondern daß sich auch die von ihnen gelehrten Grundsätze im öffentlichen Leben und im allgemeinen Bewußtsein durchsetzen.

Albert Einstein im März 1933

potentieller Macht, auf der anderen Seite diejenigen, die in Staat und Wirtschaft die Dinge in Gang halten: als Arbeitgeber und Gewerkschaftsführer, als Abgeordnete aller Parteien, als Beamte, Richter, leitende Angestellte in allen Büros usw.; und nun kann man wohl nicht leugnen, daß die Intellektuellen einen Herrschaftsanspruch haben, der in dieser Welt der Geschäfte nicht unterzubringen ist. Ich erinnere da an die Besprechung eines Vortrages, den Hermann Kesten auf der Herbsttagung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung im Jahre 1961 gehalten hat, und zu dem Karl Korn in der FAZ vom 17. Oktober 1961 berichtete. Dort hieß es: „Kesten schien auf die alte brennende Frage hinauszuwollen, warum die Literatur in unserem Lande nicht die Macht darstelle, die stärker ist als die Politik. Die Humanisierung, die Kesten von der Literatur erwartet, soll das politisch-gesellschaftliche Leben selbst so verändern, daß die Schriftsteller den Staat gleichsam von innen heraus mit Leben, ihrem Leben erfüllen“.

Das ist, möchte man sagen, ein weltfremder Herrschaftsanspruch, aber er scheint im Wesen solchen Geistes zu liegen, es handelt sich wirklich um eine alte, brennende Frage, zuerst erscheinend in der Forderung Platons, die

Philosophen sollten regieren. Deshalb muß man wohl von einem Kampf einer Aristokratie gegen eine andere, in den Institutionen etablierte, sprechen, von einem Kampf um die Macht. Dafür habe ich volles Verständnis, ich sehe in einem Anspruch auf Macht nichts Verwerfliches, und zwar deswegen, weil man sein Ethos nur aus der Lage des Obenseins heraus voll ausleben kann, nicht aus einer gedrückten, eingeschnürten gesellschaftlichen Lage heraus. Auch dem progressiven Intellektuellen, der gegen die Macht kämpft, geht es doch immer um seine Macht, denn er will ja doch das durchsetzen helfen, was er für Fortschritt hält. Wenn nun, wie es scheint, die Verbitterung zunimmt, so kann ich das verstehen, wenn man eine Ahnung der Auswegslosigkeit unterstellt, und damit kämen wir am Schluß wieder auf den Ausgangspunkt zurück: zu der Frustration, dem Vergeblichkeitsbewußtsein als der — ich möchte sagen — klassenimmanenten Gefahr.

Der „Fortschritt“

„Fortschritt“ bedeutet nämlich mehreres: als Sieg des meßbar Besseren über das als Leistung Unvollkommenere ist er bei den Technikern und Naturwissenschaftlern gut aufgehoben und wahrscheinlich noch für lange Zeit gesichert. Sozialer Fortschritt bedeutet andererseits, daß die Güter und Produkte unserer Kultur immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, bedeutet eine Ent-Privilegierung der Lebensreize und Lebensreichtümer einschließlich der Bildungsgüter; hier scheint es so zu stehen, daß ein solcher Fortschritt im Funktionssinn der großen Industriegesellschaften liegt, die die Gründe abschleift und hinwegarbeitet, aus denen man diesem Fortschritt widerstehen könnte. Der soziale Fortschritt wird heute nicht mehr durch die Agitation für ihn erzeugt, sondern durch die Gesetzlichkeit der Produktion selbst, die da heißt: immer mehr und immer zugänglicher. Auf diesen Gebieten können daher die Publizisten und Schriftsteller zum Fortschritt wenig beitragen. Ihre geschichtliche Hauptleistung lag ja aber auch an anderer Stelle, nämlich in der Zerstörung von Privilegien, insbesondere politischen, und von Tabus. Nun hat die ganz radikale Demokratie, in der wir hier leben, politische Privilegien nicht mehr übrig gelassen; was es noch gibt, sind natürlicherweise und wünschbarerweise Machtkämpfe von Gruppen, an denen die Intellektuellen ja aber selber teilnehmen. Und was die Abtragung von Tabus betrifft: die Auflösung sog. Vorurteile, oder die Durchleuchtung dessen, was für sich bleiben sollte, so scheint mir auch hier der Fortschritt konsumiert zu sein. In den Künsten, in der Literatur werden selbst Neuigkeiten offenbar immer seltener, von Fortschritt gar nicht zu reden. Tabu in dem Sinne, daß man nur in ihren eigenen Formeln von ihnen sprechen darf, sind noch die Kirchen und die Arbeiter, aber an die wird sich ja niemand wagen wollen; sonst sind alle Dächer abgedeckt, und seit die Staatsanwaltschaft Duisburg entschieden hat, der Film „Das Schweigen“ sei nicht unzüchtig, ist auch da die Endstelle des Fortschritts erreicht, überbieten läßt sie sich wohl schwer. Alles zusammengenommen sieht es so aus, als ob die großen Aufklärungs-Ideale die Zukunft nicht mehr für sich hätten: teils deshalb, weil sie immerhin realisiert sind, oder weil sie widerlegt sind, an den Tatsachen scheiter-

ten. Diese Situation muß den inneren Protest der Intellektuellen sowohl anreizen wie aussichtslos machen.

Dieses Unbehagen an den Zuständen und Strukturen einer Gesellschaft, die längst zu groß geworden ist, um der Initiative Einzelner noch Handgriffe zu bieten, muß sich nun noch weiter verstärken, wenn man an die Status-Fragen denkt. Ich würde glauben, daß die Intellektuellen im Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Funktion prestigemäßig unterprivilegiert sind, ähnlich wie der Offiziersstand, wenn auch aus anderen Gründen. Als Soziologe teile ich nicht die rhetorische Gering-schätzung solcher Probleme, es handelt sich da um objektive Daten von großer gesellschaftlicher Wirksamkeit. Die Unterprivilegierung der Intellektuellen hängt damit zusammen, daß heute Geist nicht mehr nobilitiert. Es stellt sich eben jetzt heraus, daß die Nobilitierung des Geistes eine Qualität der Feudalgesellschaft und ihrer großbourgeoisen Nachfolger war, die fähig waren, etwas, das sie nicht selbst hatten, bei anderen zu bewundern. Diese Nobilitierung liegt aber nicht im Richtungssinn hochdemokratischer Zeiten, wie man am amerikanischen Beispiel längst hätte ablesen können. Eine Gesellschaft wie die unsere funktioniert von innen her wissenschaftsförmig, sie muß immer breitere Kreise an Bildung und Begrifflichkeit heranführen, jeder zweite Beruf ist heute mit Rationalität und Wissen durchtränkt — das sind nicht Bedingungen, unter denen der Geist eine Seltenheitsrente hat, sondern er liegt für den Verkehrsgebrauch ausformuliert überall herum, nur ganz unwahrscheinliche Leistungen können sich noch herausheben.

Die Gefahr der Abkapselung

Das ist die Lage, die den Intellektuellen sehr große Hypotheken auferlegt, denn sie laufen jetzt dasselbe Risiko, dem schon offensichtlich die Künste sich aussetzen mußten: nämlich sich in einem Eigenreich der Phantasie abzukapseln, in das die Radikalisierung abgeschoben werden kann. Dann aber kommen sie wieder mit den Sicherheitsforderungen der Massen in Konflikt. Ich bin damit am Ende. Die unmittelbare Konsequenz dieser Darlegungen, wenn sie realistisch sind, wäre natürlich die, daß alle in der Öffentlichkeit tätigen staatlichen, administrativen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen ihrerseits aktiv Kontakte mit den Intellektuellen suchen und aufnehmen sollten. Es genügt grundsätzlich nicht, sich bloß von den Publizisten anzapfen zu lassen und zögernd Auskünfte zu dosieren, oder die Schriftsteller auf den Büchermarkt zu verweisen. Man müßte für solche Kontakte eigene Institutionen einrichten, d. h. sie aus dem Ungefähr subjektiver Begegnungen herausheben, und würde dann sehen, daß eine große Zahl konkreter Probleme plötzlich zur gemeinsamen Lösung anstünde. Mehr kann ich dazu nicht sagen, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß konkrete Ratschläge bereits in den gouvernementalen Raum gehören und von Privatleuten nicht ohne Verantwortung zu erteilen sind. Aber vielleicht läßt sich noch eins sagen: die gezogene, eben ausgesprochene Konsequenz könnte vielleicht die öffentliche Atmosphäre entgiften helfen, was wir Deutsche umso nötiger haben, als uns die positive Kohäsion fehlt, welche die großen Nationen charakterisiert.

„Allchristliche Friedensversammlung“ in Prag

Siegfried von Kortzfleisch

Die Christliche Friedenskonferenz hat es geschafft, die Aufmerksamkeit einer wachsenden Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Ungezählte Kirchenführer und Politiker beobachten auch im Westen mit gleichbleibendem Unbehagen, aber zunehmender Neugier, was aus dem kirchlich-politischen Gebilde in Prag wird. Als Ende Juni und Anfang Juli die zweite „Allchristliche Friedensversammlung“ abrollte, haben maßgebliche Zeitungen die Sache so aufmerksam verfolgt wie nie zuvor. Dies jedenfalls ist ein unbestreitbarer Erfolg der Prager Bewegung unter Führung des Theologieprofessors und Leninpreisträgers Josef L. Hromadka. Das bedeutet freilich noch nicht, daß der kritische Argwohn nachgelassen hätte. Dazu besteht auch nach den Erfahrungen jener zweiten Friedensversammlung durchaus noch kein Anlaß.

Die Behauptung, es handle sich bei der Christlichen Friedenskonferenz um eine völlig kommunistisch gelenkte Institution, muß freilich korrigiert werden. Dies fordern zu Recht einige Freunde und Anhänger der CFK auch in Westdeutschland. Sie sagen, es könne in Prag jedermann seine Meinung frei sagen. Der west-

fälische Präses Wilm vor allem hat auf diese Feststellung Wert gelegt. Tatsächlich war es möglich, in Prag verschiedene Meinungen offen auszusprechen. Es war sogar, im Unterschied zu früher, leichter darzutun, daß man in der Deutschlandfrage tatsächlich verschiedener Meinung sein kann, daß in der Bundesrepublik nicht nur lauter böse (kalte bis heiße) Krieger sitzen und daß sie sicherlich nicht nur hier zu suchen sind. Außerdem hat gewiß kein Funktionär einer kommunistischen Regierung die Entwürfe für die Resolutionen der CFK geschrieben.

Doch so primitiv sind die Wege der Beeinflussung ohnehin nicht. Sie bedient sich, viel unauffälliger, der eigenen Impulse der zu Beeinflussenden; denn die politisch viel wirksamere indirekte Form einer „Lenkung“ besteht darin, anpassungswillige Vertreter der Kirchen zu fördern und ihre Hoffnung auf evangelistische Erfolge sogar unter Kommunisten immer wieder zu nähren. Dadurch wird ein Klima geschaffen, in dem es relativ leicht ist, die Formeln der offiziellen Politik einzuschleusen; sie tauchen wie von selbst auf. Alles übrige läßt sich,

wenn man noch mehr will, durch zarte Winke an Vertrauensleute bewerkstelligen.

Die Korrektur der Karikatur ist also notwendig. Aber es bleiben genügend unbestreitbare, politisch bedeutsame Tatsachen bestehen. Zunächst dies: Die CFK, die zu einer ständigen Organisation geworden ist, hat ihren festen Sitz in Prag. Ihr (wiedergewählter) Präsident Hromadka und der ebenfalls bestätigte Generalsekretär Ondra leben in Prag. Es ist nicht vorgesehen, die Führung zwischen Persönlichkeiten aus dem Osten und aus dem Westen alternieren zu lassen oder einmal an einem Ort im Westen zu tagen. Obwohl es gelungen ist, die CFK über alle Kontinente hin auszubauen, bleibt das Schwergewicht im Osten. Dies wird auch dadurch betont, daß im Westen vorwiegend interessierte Einzelne beteiligt sind, die kaum genötigt sind, politische Rücksichten zu nehmen. Die Kirchen der Bundesrepublik und der meisten anderen westlichen Länder nehmen bislang bestenfalls durch Beobachter, nicht aber durch offiziell entsandte Delegierte an den Konferenzen teil. Im Osten dagegen sind die Kirchen selbst Mitglied der CFK und das heißt in vielen Fällen: ihre Vertreter können nur eben das sagen, was in ihren Heimatländern zu sagen für die kirchlichen Körperschaften nicht inopportun wäre.

Ferner: die vom westdeutschen Regionalkomitee zusammengestellte und mit dem Rang von stimmberechtigten Delegierten ausgestattete Gruppe war teils politisch unprofiliert, teils hatte sie eine deutliche politische Schlagseite. Das ergab sich wie von selbst aus der Art, wie diese Gruppe zustandekam. Nur ein Teil, an ihrer Spitze Kirchenpräsident Niemöller, wehrte sich gegen die politischen Manipulationen einiger mitteldeutscher Delegierter, die etwa darauf zielten, die SED-Doktrin von den drei deutschen Staaten auch bei der CFK durchzusetzen. Aber diese westdeutschen Teilnehmer mußten erst zweimal mit der Möglichkeit ihrer Abreise drohen, um ihrem Widerspruch ein hinreichendes Gewicht zu geben. Unter den mitteldeutschen Delegierten war keiner, der sie offen unterstützte. War jemand dabei, der ihre Meinung teilte, so wurde dies jedenfalls nicht sehr laut. Tonangebend waren in dieser Gruppe andere, wie Dr. Hanfried Müller, Dozent an der Humboldt-Universität, mit seiner Frau, oder Pfarrer Bassarak (Ostberlin), Pfarrer Dr. Frielinghaus, Pfarrer Feurich (beide Dresden). Sie hatten sich den Ost-Berliner Völkerrechtler Professor Steininger als „Experten“ nach Prag mitgebracht, einen erklärten Atheisten, der in langer Rede die derzeitige politische Position der SED vertrat. In einer gemeinsamen Versammlung aller deutschen Teilnehmer verlangten einige mitteldeutsche Delegierte (wenn auch erfolglos), man solle dem Ulbricht-Vorschlag eines Atomwaffenverzichtes beider deutscher Staaten zustimmen, und dies geschah in einer Weise, die von Westdeutschen eine „Pression“ genannt wurde.

Festzuhalten ist schließlich Hromadkas eigenes Urteil über die Friedenskonferenz. In allem Freimut, der ihm wohl mehr eignet als einigen zweiten Chargen der CFK, erklärte Hromadka (nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen), die Friedenskonferenz neige gegenwärtig der sowjetischen Ideologie und Politik zu.

Nun ist noch hinzuzufügen, was sich bei der Analyse der Resolutionen von Prag ergibt: Sowohl die Botschaft an die Kirchen und Christen als auch der Aufruf an die Regierungen, Parlamente und maßgebenden Persönlichkeiten der Welt bringen eine Fülle von längst bekannten Vorschlägen, Thesen oder politischen Gemeinplätzen (kontrollierte Abrüstung, Kriegsächtung und so fort). Für ein völlig neues, realistisches und zugleich detailliertes Betrachten der Konflikte in der Welt und für ein gleiches Bedenken der nächsten Schritte, war ja nicht nur nicht genug Zeit; dafür waren naturgemäß auch die meisten der für diesen Zweck viel zu vielen Teilnehmer (über deren Idealismus und persönliche Integrität hier gar nicht zu urteilen ist) fachlich nicht qualifiziert und dafür war das Klima, nach einhelligem Urteil der westlichen Berichtstatter, zu parteiisch vorgeprägt. Hromadka hatte vielleicht etwas so Nüchternes gar nicht im Sinn gehabt. Ihm kam es nach seinen eigenen Worten darauf an, die Kräfte des Gefühls für den Frieden zu mobilisieren (was für sich genommen honorig und akzeptabel ist).

Was also ist das Fazit von Prag, wenn nicht dies: die CFK ist gerade in ihrer politischen Zwielfichtigkeit, verbunden mit Emotionalität, geeignet, ein Einfallstor für kommunistische Propaganda zu werden, auch dann, wenn ihre Führer dies nicht beabsichtigen; es ist obendrein ein propagandistischer Kanal, den die Freunde um Hromadka ungefragt und freiwillig darbieten; sie versuchen nicht, jedenfalls nicht merklich, eine solche Nebenwirkung der CFK und ihrer Allchristlichen Friedensversammlungen zu verhindern; entweder wollen sie diese selbst erzielen oder sie sind in ihrem Engagement zu blind, um noch zu erkennen, was sich tut. Gewiß gibt es noch andere Nebenwirkungen: die Konferenz war eine ideale Gelegenheit, persönliche Kontakte über den Eisernen Vorhang hinweg zu pflegen, und solche Kontakte haben durchaus einen nicht nur sentimental, sondern sehr realen Wert. Was in dieser Hinsicht in Prag geschah, entzieht sich der Berichterstattung. Aber mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß man für die Gespräche mit den Christen im Osten nicht mehr auf die CFK angewiesen sei, da der Verkehr von West nach Ost verhältnismäßig freizügig geworden ist.

Bemerkenswert ist, wie verschieden das politische Interesse und der politische Stil innerhalb dieser Gesamttendenz der CFK nuanciert sind: Nachdem einiger maßgeblichen mitteldeutschen Delegierten munter im Sinne der SED agierten, wurde dies den tschechischen Spitzenfunktionären schließlich doch peinlich. Sie mußten sich distanzieren von dem Auftritt Steiningers. Hromadka mißbilligte ebenfalls das Telegramm, das Professor Vogel (Ost- und Westberlin) im Namen der Mehrheit der deutschen Teilnehmer an Erhard, Ulbricht und Brandt geschickt hatte mit der Bitte um Wiederaufnahme der Passierscheingespräche. Man hatte im ganzen den Eindruck, daß die eigentlichen starren Dogmatiker vor allem aus dem Reich der SED kamen.

Unklar ist weiterhin das Verhältnis zwischen der CFK und der Ökumene in Genf. Hromadka gehört dem Exekutiv Ausschuss des Weltrates der Kirchen an, ebenso auch der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten. Dieses fachlich wie rechtlich kompetente

11. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises

Im folgenden bringen wir den letzten der Berichte aus den Arbeitsgruppen, die auf der diesjährigen Jahrestagung die Referate diskutierten. Dieser vierte Bericht beschäftigt sich mit dem Vortrag von Pfarrer Eberhard Stammler über das Thema „Politischer Stil als Ausdruck evangelischer Ethik“ (siehe Ev. Verantwortung, Heft 6/1964).

In der Diskussion ist sehr deutlich geworden, daß wir mit diesem Thema Neuland betreten. Zwar wird vom Stil allenthalben gesprochen, ermahnend, fordernd und polemisch. Aber eine wirklich systematische Klärung der Fragen, um die es hier geht, sind uns Wissenschaft und Politik bisher schuldig geblieben. Das gilt für die evangelische Ethik ebenso wie für die politischen Wissenschaften. Gerade auf diesem Hintergrund ist das Referat von Pastor Eberhard Stammler in zahlreichen Diskussionsbeiträgen begrüßt und gewürdigt worden. Seine Überlegungen und Thesen haben viel Zustimmung gefunden. Wir wollen deshalb versuchen, uns auf einige weiterführende Gedanken zu beschränken, und noch einmal die dem Ganzen zugrunde liegende Problemstellung ansprechen.

Stil ist zunächst etwas Individuelles, Persönliches. Darauf hat der Referent besonderes Gewicht gelegt. Im Stil eines Menschen, einer Handlung und Auseinandersetzung kommt die personale Eigenart sehr deutlich, oft unverwechselbar zum Ausdruck. Wie ein Konflikt durchgestanden, gemeistert oder eben nicht bewältigt wird, wie eine Entscheidung erreicht, ein Amt über Jahre hinweg ausgeübt wird, darin spiegeln sich individuelle Strukturen wider. Die Warnung des Referenten vor einer klischeehaften und moralisierenden

Betrachtungsweise ist dabei in der Debatte aufgenommen und vertieft worden. Nur wer die Spannungen und Alternativen des Politischen kennt, wer ein historisches Verständnis dafür aufbringt, daß der Handelnde manchmal nur zwischen zwei Übeln entscheiden kann, wird angemessene (und damit auch wirklich ethische) Maßstäbe für den politischen Bereich gewinnen können. Es wäre gefährlich, wenn in den Fragen des Stils zwischen der Welt der Politik und der christlichen Sozialethik eine Kluft entstehen würde, weil man zwei verschiedene Sprachen spricht und sich nicht mehr versteht. In der christlichen Liebe zu unserem Nächsten erschließt sich uns seine reale Situation, das Gewicht der Entscheidungen, Versuchungen und Spannungen, denen er ausgesetzt ist. So stammen, wie der Referent sagte, Machtausübung und Machtbegrenzung aus dem Motiv der Liebe, aber auch das wirkliche Verstehen für den, der in der Sphäre politischer Macht seinen Stil als Christ finden und bewahren soll.

Politischer Stil übersteigt allerdings in gewisser Weise auch den Bereich des Individuellen. Wenn bestimmte sittliche Normen im menschlichen Miteinander als verpflichtend anerkannt werden, dann kann so etwas wie der Stil einer Zeit, eines politischen Systems, einer politischen Institution entstehen. Selbst wenn dieser Stil wieder zu einer gewissen Konvention erstarrt, kann er noch eine prägende, objektivierende Kraft besitzen. Dafür sind — im Hinblick auf die Situation der angelsächsischen Demokratien — in der Diskussion mehrere Beispiele genannt worden. In den umständlichen, oft unbequemen und gelegentlich mißbrauchten Bestimmungen der Geschäftsordnung des amerikanischen Kongresses spiegelt sich der beherrschende Gedanke des Minderheitenschutzes wider, der Respekt einer Mehrheit vor

tente Gremium behandelt seit vielen Jahren all die politischen Probleme mit dem Ziel des Friedensstiftens, die in Prager Reden nun auch wieder auftauchten. Aber der Leiter der KKIA, der Amerikaner Dr. Nolde, hat noch nie laut gegen den Prager Wildwuchs protestiert. Bei der letzten Sitzung der KKIA kurz vor Prag wäre erneut Gelegenheit dazu gewesen, doch wurde sie nicht genutzt. Allerdings hätte dies auch nicht der vorsichtigen Haltung entsprochen, die Generalsekretär Visser't Hooft in dieser Sache seit Jahren einnimmt.

In den Tagen nach der KKIA-Sitzung, aber noch vor der Prager Versammlung sind in einem kleinen Kreis von Verantwortlichen beider Seiten die Beziehungen zwischen Genf und Prag erneut beraten worden. Die Ergebnisse? Es gab kein *Kommuniqué*, es sickerte auch nichts durch. Die eigengesetzliche Entwicklung der CFK hat jedenfalls keine neue Richtung genommen. Sie scheint sich trotz ihrer schwachen Finanzen auszuweiten und zu konsolidieren. Man beschloß neue Ausschüsse (für Jugend, für ökumenische Probleme, für Fragen des Hungers) und plant ein internationales Studieninstitut. Das sieht, selbst wenn es nicht so ge-

meint sein sollte, mehr und mehr wie eine Parallelökumene aus.

Selbst wenn man den guten Willen aller an der CFK beteiligten Menschen unterstellt (und annehmen kann) — es wiederholt sich bei ihr eine Erfahrung, die häufig vor allem im protestantischen Raum gemacht werden kann: das Schwergewicht der jeweiligen Situation und das Eigengesetz des Institutionellen wird nicht rechtzeitig und hinreichend ernst genommen, also droht es stärker zu werden als der Idealismus der guten Leute.

Großen Applaus erzielte in Prag der russisch-orthodoxe Erzpriester Borovoj, der gegenwärtig das Moskauer Patriarchat beim Weltrat der Kirchen in Genf vertritt. Er forderte, „auf kirchliche Rhetorik und scholastische Redensarten“ zu verzichten und „langweilige Wiederholungen von Binsenwahrheiten und uninteressante allgemeine Deklarationen, die weder einen konkreten Adressaten noch konstruktive sachliche Inhalte oder Aussichten auf reale Verwirklichung haben, wie die Pest zu meiden“. Die applaudierende Versammlung hat sich in vielen Diskussionen bemüht, der Pest zu entgehen. Es ist ihr jedoch nur bruchstückhaft gelungen.

den Rechten einer abweichenden Minorität. Und der Brauch, daß der Sieg in einer amerikanischen Präsidentenwahl durch das Glückwunschtelegramm des unterlegenen Gegners bestätigt wird, ist ein formaler, aber wichtiger Ausdruck der Reintegration einer demokratischen Gesellschaft nach einem erbitterten Wahlkampf, der alles Trennende und Kontroverse in den Vordergrund gestellt hat. Dies alles hat seine große Bedeutung für eine Nation, und wir können nur hoffen, daß auch wir in unserer noch traditionslosen Demokratie allmählich solche Gepflogenheiten eines allgemein anerkannten und praktizierten gesellschaftlichen Stils wieder gewinnen.

Nun wird man einen grundlegenden Tatbestand nicht übersehen dürfen: Ein guter politischer Stil sagt noch nichts über die Qualität des politischen Handelns aus. Wir haben deutliche geschichtliche Beispiele dafür, daß Noblesse der Gesinnung und des Charakters Irrtümer, Fehlerurteile und — im schlimmsten Fall dadurch ausgelöst — politische Katastrophen nicht ausschließen. Man muß diese elementare Wahrheit betonen, weil eine moralische oder gar ästhetische Betrachtungsweise der Politik das Urteil, die Entscheidung in der Sache mit allen ihren Folgen nicht aufheben. Damit soll aber nicht der Eindruck entstehen, daß letzten Endes in der Politik der Stil gegenüber dem Erfolg nicht zähle. Dies widerspricht schon unserer christlichen Überzeugung. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Es entspricht aber auch nicht der politischen Erfahrung. Zu allen Zeiten und gerade in der modernen demokratischen Gesellschaft ist Vertrauen eine unentbehrliche Voraussetzung jeder langfristig angelegten Politik. Wer auf die Dauer nicht auch personal — in seiner menschlichen Haltung und in dem Stil seines Handelns — zu überzeugen vermag, wird in einer freiheitlichen Verfassungsordnung nur vorübergehend Erfolg haben. Die Personalisierung der Politik, der Wahlkämpfe in unserer Zeit hat beträchtliche Schattenseiten. Aber sie ist doch auch Ausdruck der Tatsache, daß die Menschen heute weniger auf Ideologien und Programme schauen, als auf die qualifizierte, politisch und menschlich überzeugende Persönlichkeit. So wird ein schlechter Stil Widerstände wecken, ja, unter Umständen den Erfolg einer an sich sachlich richtigen Politik gefährden können.

Der Versuch unseres Referenten, im zweiten Teil seiner Ausführung gleichsam einen Katalog von Kriterien eines guten politischen Stils aufzustellen, hat Interesse und Zustimmung gefunden. Er begegnete aber auch gewissen Bedenken. Sicher bedarf die Forderung nach einem guten Stil der Konkretisierung. Und der Kanon an sittlichen Qualitäten, der uns vorgetragen wurde, ist für den Politiker ein heilsamer Anlaß der Selbstprüfung und Besinnung. Aber man darf einen solchen Leitfadens nicht in falscher Weise dogmatisieren oder systematisieren. Nur wer die Warnung des Referats vor dem falschen Moralisieren beherzigt, wird der Versuchung einer schematisierenden Wertung im Koordinatensystem der Postulate entgehen. Wir müssen uns hier um eine Synthese zwischen klaren ethischen Prinzipien und dem situationsgebundenen Verständnis jeder politischen Entscheidung in seiner Eigenart bemühen. Letztlich kann diese Verbindung nicht dialektisch, sondern nur in dem Handeln, in der Persönlichkeit des christlichen Politikers gefunden werden, der unter den Gesetzen des Machtkampfes steht, ohne ihm orientierungslos zu verfallen. Gerhard Stoltenberg

Landesversammlung der CSU in München

Der Landesparteitag der Christlich Sozialen Union in München vom 10. bis 12. Juli 1964 stand erwartungsgemäß im Zeichen des Ringens um den weiteren Weg zur politischen Einigung Europas. Das wurde zu Beginn der Plenarsitzung unterstrichen, als der Tagungspräsident, Landtagspräsident Hanauer, u. a. mehrere prominente Ehrengäste aus Frankreich, Österreich und der Schweiz begrüßte und der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, sowie der amtierende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Barzel, in ihren Grußworten die von Altbundeskanzler Adenauer und dem CSU-Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß vertretene These unterstützten, ein sichtbarer Fortschritt auf Europa hin sei nunmehr erforderlich. Der stürmisch begrüßte, ja umjubelte Landesvorsitzende schlug im Hauptreferat eine Konföderation europäischer Staaten vor, innerhalb deren die beteiligten Regierungen etwa alle zwei Monate zu Aussprachen zusammentreffen, die als ständige Einrichtungen ein Generalsekretariat hat sowie eine politische Kommission, bestehend aus den höchsten nationalen Beamten, und in der auch ein europäisches Parlament gewisse Kompetenzen besitzt. Zu dieser Konföderation sollten alle Mitgliedstaaten der EWG eingeladen werden; notfalls sollten aber Frankreich und Deutschland allein den Anfang machen. — Das zweite Referat dieses ersten Tages hielt der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel. — Die europäische Frage war es wiederum, die den dritten Tag der Landesversammlung zu ihrem Höhepunkt werden ließ, als Bundeskanzler Professor Erhard nachdrücklich seine Auffassung darlegte, daß die europäische Einigung alle EWG-Staaten umfassen müsse. Obwohl diesem Standpunkt keine emotionalen Kräfte zu Gebote stehen und Professor Erhard auch Vernunftgründe nur andeuten konnte, war der Beifall von nun an geteilt. Die möglichen Rückwirkungen eines deutsch-französischen Alleinganges auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen, auf die kleineren EWG-Mitglieder, damit auf die bestehenden europäischen Institutionen, seine Auswirkungen auf die Wirtschaftsordnung, die Erfordernisse der Rüstung, das parlamentarische Leben und das Parteiwesen in der Bundesrepublik sowie die Unsicherheit der späteren Entwicklung in Frankreich mögen einen Teil der Versammelten bedenklich gestimmt haben. Wenn auch Strauß nicht versäumte, Persönlichkeit, Verdienste und Führungsaufgaben Professor Erhards mehrfach hervorzuheben, bleibt doch zweifelhaft, ob diese erneute öffentliche Auseinandersetzung mit dem Bundeskanzler sowie einige unglückliche Formulierungen — z. B. hinsichtlich dessen Richtlinienkompetenz — förderlich sein konnten.

Daß die Frage der europäischen Einigung den Landesparteitag nicht ausschließlich beherrschte, ist dem geglückten Versuch des Landesvorsitzenden zu verdanken, am zweiten Tage in zwölf Arbeitskreisen an die sechzig Wissenschaftler zu den zentralen aktuellen Fragen sprechen zu lassen, ehe der Diskussion der Delegierten Raum gegeben wurde. Zwar drängte etwa ein Drittel der Versammlungsteilnehmer wiederum zum außenpolitischen Forum, jedoch blieben dort die Erörterungen keineswegs auf Europa beschränkt. Der Arbeitskreis „Gesellschaftspolitik in der Wohlstandsgesellschaft“ erkannte die zentrale Bedeutung des allgemeinen Bildungsstandes und der Familienpolitik, vermochte sich aber

Eine neue Geschichtstheologie?

Der „Civis“ setzt sich in seinem Februar-Heft ausführlich mit der Prager Friedenskonferenz auseinander. Wir bringen einen Auszug aus diesem Artikel. Die Redaktion

... An der Prager Friedenskonferenz ist so faszinierend und zugleich bedrückend die Gewißheit, daß dieselben (meist geistlichen) Organisations- und Würdenträger, die den politischen Zielen des Kommunismus vorbehaltlos und in vollständiger Kenntnis der Unmenschlichkeit des Systems das Wort reden, auch zugleich diejenigen sind, die das Wort Gottes nicht als Heuchler im Munde führen (zumindest tun es nicht alle), sondern es mit der Verkündigung des Evangeliums durchaus ernst meinen. Beide Teile haben in ihrem Bewußtsein keinerlei Widersetzlichkeit — das eine tun und das andere nicht lassen bedeutet für sie die einzige Möglichkeit, ihrem christlichen Auftrag in der sozialistischen Gesellschaft, in der atheistischen Umgebung, mit der sie sich auseinanderzusetzen haben, gerecht zu werden. Für den Christen im Westen ist das selbst dann kaum verständlich, wenn er den Motiven der evangelischen Brüder in den Oststaaten auf den Grund gegangen ist.

Diese Motive nähren sich von der einen Grundvorstellung: Wir Christen im sozialistischen Staat leben in einer Gesellschaft, die wir nicht verändern können, deren Veränderung wir nicht bewirken können, nicht mehr erleben werden, einer Gesellschaftsordnung mithin, in der wir nur existieren können, wenn wir uns mit ihr arrangieren.

Diese Grundvorstellung der Protestanten im Osten, die, anders als die Katholiken dortzulande, kein „Rom“ haben, auf das hin sie sich immer neu projizieren könnten, hat zu einer völligen Umwälzung der evangelischen Theologie im Ostblock geführt.

Der Anstoß zu dieser Umwälzung kam, wie gesagt, aus einem außer-theologischen Bereich: er bestand im Zwang zum Arrangement mit den weltlichen Verhältnissen. Dieser Zwang

nicht über das wünschenswerte Verhältnis zwischen Sozialversicherung und privater Vorsorge durch Eigentumbildung zu einigen. Der Arbeitskreis „Der Mensch im Betrieb“ forderte, den Mitarbeitern Mitverantwortung zuzuerkennen; die Mitbestimmungsgesetze sah er als bewährt an. Der Arbeitskreis „Christliche Parteien und Kirchen“ bestätigte, daß Christen öffentliche Aufgaben wahrzunehmen haben, daß öffentliche Politiker sich an der Gestaltung des öffentlichen Lebens beteiligen müssen und daß dazu eine christliche Partei notwendig ist, wenngleich sich die Kirche nicht mit einer Partei identifizieren kann. Diese und die weiteren Ergebnisse wurden nicht durch Abstimmung der Delegierten, sondern durch die Formulierung von Berichterstattern festgehalten und der abschließenden Plenarversammlung vorgebracht, die ebenfalls nicht mehr dazu Stellung nehmen konnte. Es bleibt zu fragen, ob dieses — auch im Evangelischen Arbeitskreis geübte — Verfahren der Aufgabe eines jeden Mitglieds der Landesversammlung gerecht wird, an den Richtlinien der Politik mitzuarbeiten. Rolf Bauer

veranlaßte die Theologie der Oststaaten, das Alte und Neue Testament als axiomatische Basis aller Verkündigung aufzugeben und statt dessen zu einer — ebenso axiomatischen — historischen Basis Zuflucht zu nehmen: der Oktoberrevolution von 1917.

Dieses Ereignis ist in der evangelischen Theologie der Oststaaten Ausgangspunkt aller theologischen Denkweisen geworden. 1917 wurden die Menschen vom Privateigentum befreit. Diese „Befreiung“ war gut. Daß die Menschen im Westen nach wie vor in den Fesseln des Privateigentums leben müssen, ist schlecht. Über dieses Gut und Schlecht gibt es keine Diskussion.

Professor Hromadka, der Protagonist dieser „Theologie des Lebens“ (wie sie dort genannt wird), der selbst systematischer Theologe ist (und von dem einer seiner schärfsten Kritiker, Bischof Dibelius, sagt: er respektiere „seine persönliche innerliche Art auf das höchste“), äußerte sich 1961 vor dem Beratenden Ausschuß der Friedenskonferenz zur russischen Oktoberrevolution von 1917 mit dem Bekenntnis: „Ich selbst bin davon überzeugt, daß die Katastrophe unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg begann, als es der deutschen Arbeiterklasse . . . nicht gelang, einen echten sozialen Umbau der deutschen Gesellschaft durchzusetzen.“

Mag man sich nun tragisch angerührt oder heuchlerisch angeführt fühlen, wenn Hromadka nicht das Gelingen des sozialen Umbaus im Osten, sondern das Mißlingen desselben in Deutschland bedauert — Tatsache ist, daß mit Hromadka die führenden Theologen die Befreiung des Menschen vom Privateigentum und von der kapitalistischen Ausbeutung, wie sie die sozialistische Gesellschaft ihren Mitgliedern als Geschichtsbewußtsein einhämmert, zum Ausgangspunkt des theologischen Denkens machen.

Damit ist für die Ostkirchen die Voraussetzung geschaffen, um vom individualistischen Ich-Denken des Westens auf das kollektive Wir-Denken des Kommunismus umzuschalten, die Theologie mit der östlichen Ideologie gleichzuschalten.

Nun ist es kein Problem mehr, Dr. Martin Luther „fortzuentwickeln“. Stand im Zentrum der lutherischen Theologie bislang die — individualistische — Rechtfertigungslehre („Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?“), so muß sie nunmehr abgelöst werden durch ein kollektivistisches Glaubenspostulat, das anstatt der Rechtfertigungslehre hinfort im Zentrum des Glaubens zu stehen hat.

Da die christliche Verkündigung, die sich nicht nur an den Gläubigen als Individuum, sondern ebenso an die Gemeinschaft Jesu Christi richtet, zahlreiche kollektiv vollziehbare Glaubenspostulate hat, macht es keine Schwierigkeit, kommunistische Ideologie und christliche Glaubenslehre aufeinander abzustimmen. Es stellt sich heraus: Beide, Kommunismus und Christentum, kennen das Verlangen nach Frieden. In der kommunistischen Propaganda bedeutet die „Friedenslehre“ ohne Zweifel ein Zentrum. Das Zentrum des evangelischen Glaubens daraufhin auszurichten, war jetzt nur noch eine Fleißaufgabe, die mit Hilfe einer guten Konkordanz leicht zu lösen war. Die Überleitung von der individualistischen Rechtfertigungslehre Luthers zur kollektivistisch ver-

brämbaren Friedenslehre fanden die Ost-Theologen in Römer 5 Vers 1: „Nun wir denn sind gerecht geworden durch den Glauben, so haben wir Frieden mit Gott durch unsern Herrn Jesus Christus.“ Daß Paulus übers Knie gebrochen wird, wenn sein „Frieden mit Gott“ etwa auf dem Weg über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten angestrebt werden soll, schafft in Prag keinerlei Bedenken.

Die Notwendigkeit, die Ideen des Friedens theologisch neu zu durchdenken, schreiben die Prager „Kirchlichen Blätter“ der Tatsache zu, daß der Begriff des Friedens in das geistige Zentrum des heutigen Menschen getreten sei: „Hieß die zentrale Frage im Zeitalter der Reformation ‚Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?‘, so heißt sie heute ‚Wie erhalten wir den Frieden?!‘ . . . Gerade die areligiösen Menschen sind die entschiedensten Verfechter dieses Friedens.“ Das müßte mit anderen Worten heißen: Dieser Frieden hat also nichts mit Regeln zu tun und kann also auch nicht mit dem „Frieden mit Gott“ des Apostels Paulus gleichgesetzt werden. Das Beispiel zeigt, daß es theologisch auf keine allzugroßen Schwierigkeiten treffen würde, die Prager Theologen zu widerlegen. Der EKID-Ratsvorsitzende Präses Scharf hat denn auch im Oktober vergangenen Jahres in Beantwortung eines Schreibens der Friedenskonferenz den Pragern vorgeschlagen, EKID und Friedenskonferenz sollten sich zur theologischen Diskussion über den biblischen Friedensbegriff zusammensetzen. Scharf wörtlich: „Die jeweilige politische Situation kann verschieden beurteilt werden, sie ist unmittelbar vom Worte Gottes her und aus dem Glauben nicht zu deuten.“

Neben dem Vorsatz, den Frieden theologisch im Sinne des Sozialismus neu zu interpretieren, hatten sich die Theologen noch einer weit kniffligeren Aufgabe zu unterziehen: eine Neuinterpretation des Atheismus vorzunehmen mit dem Ziel, den Atheismus des Kommunismus wohltuend abzuheben vom Atheismus des Westens. Auch diese Zirkelquadratur brachten sie auf dem Wege wissenschaftlicher Beweisführung zustande — allerdings auf mehrfache Weise. Die verbreitetste Version ist diejenige, die Hromadka in seinem „Evangelium für Atheisten“ entwickelt. Danach unterscheidet sich der kommunistische Atheismus qualitativ vom nihilistischen Atheismus des Westens. Der kommunistische Atheismus erkämpft die Freiheit der Menschen von sozialer Ausbeutung, er führt den Menschen zu sich selbst zurück, er ist daher in Wahrheit ein radikaler Humanismus.

Andere Interpretationen prophezeien, der kommunistische Atheismus werde sich zum Positiven hin entwickeln und zur Erkenntnis christlicher Realität vorstoßen. Oder: Der Atheismus stecke in jedem Menschen, auch im gläubigen Christen; eine Unterscheidung in Gläubige und Gottlose sei mithin undurchführbar. Schließlich: Gott könne durch den Atheismus nicht getroffen werden, der Atheismus sei daher vom Standpunkt der christlichen Verkündigung auch als nicht existent zu betrachten. Gerade diese letzte Version hat zahlreiche Anhänger unter den Pfarrern der Zone, vor allem unter den Mitgliedern des prokommunistischen „Pfarrerbundes“. Die schwerwiegenden Umwälzungen, die die Theologie des Lebens für die evangelischen Ost-Kirchen gebracht hat — das kommunistische Geschichtsverständnis als theologische Prämisse, die Verharmlosung, ja Liebkosung des Atheismus östlicher Prägung, die Rechtfertigung des Sozialismus aus der Bibel und die Gleichsetzung des biblischen Friedensbegriffs mit der Friedensvorstellung einer ideologisch aggressiven

politischen Propaganda — haben den Ostkirchen bereits ein Selbstverständnis eingetragen, über das sich vom Westen her nur mit größter Vorsicht urteilen läßt.

In Deutschland wird indes die Erinnerung an die „Deutschen Christen“ wach, die sich mit Hitler verbündeten und zur Rechtfertigung auf das NSDAP-Parteiprogramm verwiesen, in dem sich die Partei als „auf dem Boden des Christentums“ stehend bekannte.

Hromadka und die Theologen des Lebens gingen weit radikaler vor, indem sie Karl Barths Grundsatz „Gott offenbart sich nicht in der Geschichte“ mißachteten; de facto hat sich in ihren Augen Gott in der Oktoberrevolution 1917 geoffenbart. Bischof Dibelius über Hromadka: „Seine Theologie ist schlechthin unerträglich. Er mutet den Christen zu, die Tatsache zu ignorieren, daß der Kommunismus eine durch und durch atheistische Angelegenheit sei. Das kommunistische Programm entspreche dem Neuen Testament und müsse daher von den Christen freudig unterstützt werden. Wie ein Professor der Theologie zu einer solchen Auffassung kommen kann, ist für andere Leute kaum zu fassen. Aber die Tatsache liegt vor, und die Prager Friedenskonferenz ist davon beherrscht.“

Mag sein, daß dieses verhängnisvolle, untheologische Gedankengebäude denen eine Hilfe bedeutet, die darin wohnen müssen. Die politische Kritik des Westens muß aber dort einsetzen, wo jene verstiegenen sozialistischen Lebens-Theologen via Christliche Friedenskonferenz handfeste Propaganda- und Infiltrationsversuche Richtung Westen starten.

Seit November 1962 gibt die Prager Bewegung eine eigene Zeitschrift heraus, die zweimonatlich unter dem Titel „Christliche Friedenskonferenz“ in drei West-Sprachen erscheint: englisch, französisch und deutsch. Was kennzeichnet den Charakter dieses Organs als Propagandablatt besser als die Tatsache, daß sie — von der Zone abgesehen — in den Gemeinden der Ostblock-Staaten nicht einmal gelesen werden kann? Am eindeutigsten bezeichnete es die sowjetzonale „Stimme des Friedens“ als Zielrichtung der Friedenskonferenz, „den reaktionären Kräften in den Kirchenleitungen West-Europas und Amerikas Widerstand zu leisten, jenen Kräften, die das Christentum im Dienst der Atomkriegsvorbereitung, der NATO-Ideologie und insbesondere der klerikalfaschistischen Restauration in Westdeutschland mißbrauchen“.

Das Wort vom Klerikalfaschismus fällt in Deutschland immer bei jenen evangelischen Intellektuellen auf fruchtbaren Boden, für die die Politik der Bundesrepublik lediglich Ausfluß eines militant-politischen Katholizismus ist. Mag es hierfür in der Bundespolitik den einen oder anderen Repräsentanten tatsächlich geben — die verschwommen-abwegige Kritik entzündete sich just an der Person des Katholiken Adenauer, der als aktiver katholischer Laie mit dem Klerus gar nicht viel im Sinn hatte. Sollte dem Protestanten Erhard eine ebenso lange Regierungszeit beschieden sein und das Ergebnis des Zweiten Vatikanischen Konzils wirklich zur Annäherung der Konfessionen führen, so wird die sogenannte linke außerparlamentarische Opposition, die sich politisch um die Deutsche Friedens-Union gruppiert, bald noch schwächer dastehen als heute. Genau diese linke außerparlamentarische Opposition ist es denn auch, die der Prager Friedensbewegung in Westdeutschland den Boden bereitet . . .“

Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit Band III: Bismarck und das Reich*. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1963. XXXVI, 1074 Seiten. Subs. Preis DM 98,—; Preis DM 108,—.

Rudolf Huber, *Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte*. Bd. 1: *Deutsche Verfassungsdokumente 1803 bis 1848*. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1961. XX, 496 Seiten. Preis DM 41,—; Einzelpreis DM 45,—.

Der Leser und Anhänger der ersten beiden Bände der deutschen Verfassungsgeschichte ist das Erscheinen des dritten Bandes ein frohes Ereignis. Wie in den vorangehenden Bänden geht der Verfasser von einem materiellen Vergleichsbegriff aus. Das läßt sein Werk für breitere Leserschaften anregend, wertvoll und hilfreich werden. Unter „Vergleich“ versteht Huber (Bd. 2, VII) „kein bloßes System des Staatsrechts und überhaupt keine Erscheinung in der Geschichte des bloßen Rechts. Sie ist vielmehr ein Gesamtgefüge von Bewegungen, sozialer Auseinandersetzungen und rechtlicher Ordnungselemente — ein Inbegriff von Ideen, Taten und Institutionen, die sich . . . zum Ganzen der Verfassungswirklichkeit einer Epoche verbinden“.

Der breite Ansatz erlaubt dem Verf. Material zu bringen. Der Leser bekommt nicht nur Urteile präsentiert, sondern er erfährt, was passiert ist. Das ist nicht immer so.

Band III trägt den Untertitel „Bismarck und das Reich“. Inhaltlich umfaßt er mehr: Teil A) Konstitutionalismus und die Konfliktszeit, B) Die Konfliktszeit, C) Das Bismarcksche Reich. Der Anfang bildet ein gewissermaßen vor die Klammer gesetzter Abschnitt, der das Wesen der konstitutionellen Verfassung behandelt. Dieser Abschnitt hat auch ein gewisses wissenschaftliches Interesse, weil Huber sich sehr weitgehend mit der Kritik auseinandersetzt, die das konstitutionelle Verfassungssystem insbesondere von Carl Schmitt erfahren hat. Gegenüber tritt die Auseinandersetzung mit Lehrmeinungen im übrigen Werk hinter der Sachdarstellung zurück. Die preußische Verfassung wird in besonderer Ausführlichkeit behandelt. An ihr erläutert der Verf. das Spiel des konstitutionellen Systems. Wie in früheren Bänden erlaubt die großzügige Anlage des Werkes Überblicke auch über die Verfassungsverhältnisse der Bundesstaaten bis hin zu Verfassungsidyllen in der Schweiz wie dem Freienwalder Schiedsspruch von 1850. In der Schweiz wird im Schiedsgericht das Staatsgrundgesetz von Mecklenburg von 1849 für nichtig erklärt und die Ständeherrschaft durch die Reaktion wieder bis 1918 rettet. — Das Bismarck-Reich, seine Gründung und seine Verfassung werden vom Gesichtspunkt interpretiert, daß nicht der Verfassungskonflikt, sondern das ihn überwindende Indemnitätsgesetz das Zentralereignis der Geschichte des konstitutionellen Systems sei. — Ab 1871 beginnt die unmittelbare Vorgeschichte unserer politischen Gegenwart: Die Reichsvereinigung, der Kaiser und seine staatsrechtliche Stellung, die oberste Reichsbehörden — die Verfassungsgeschichte kann hier als Handbuch dienen. Es bietet Einzelheiten und Details. Verfassungsschutz, Fragen der Reichsverfassung, Justiz- und Finanzverfassung — um nur ein paar Beispiele zu geben — erfahren ruhige und gleichermaßen sachliche und lesbare Darstellung.

Wohlwollend rühmend erscheint die schier unglaubliche Menge, die — mit Literatur — ausgebreitet wird. Der Leser hat das Gefühl, ganz im Detail zu sein, ohne fürchten

zu müssen, sich darin zu verlieren. Die großen Linien bleiben immer klar. Dazu verhilft auch ein sehr eingehendes Inhaltsverzeichnis von 27 Seiten. Es macht den Mangel eines Registers weniger schmerzlich. Gerade ein Werk von solchem Detailreichtum wird seinen ganzen Wert erst dann offenbaren, wenn das Gesamtregister mit dem letzten Band vorliegt, ein Grund mehr, ihn gespannt zu erwarten!

Der vierte, bereits angekündigte Band soll die Verfassungskämpfe des Bismarckreichs, der Wilhelminischen Zeit und der Zeit des Ersten Weltkriegs bringen. Leider ist das Werk kostspielig. Kein Käufer wird aber seine Ausgabe bereuen, ob er nun ein Hand- oder Lehrbuch erhofft, oder ob er einfach Freude an der Geschichte hat.

Parallel zur Verfassungsgeschichte legt der Verf. eine Ausgabe der Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte vor. Dieser (erste) Band erleichtert das mühsame Geschäft der Nachprüfung. Der Reichsdeputationshauptschluß, die Edikte der preußischen Reform und die deutschen Verfassungen werden immer noch zitiert und gebraucht. An einer umfassenden Quellenausgabe fehlt es zur Zeit aber. Die älteren Quellensammlungen sind längst vergriffen.

Ähnlich wie der Verfasser in der Verfassungsgeschichte von einem breiten materiellen Verständnis der Verfassung ausgeht, beschränkt er die Quellenausgabe nicht auf Verfassungsgesetze im strengen Sinn. Ihnen sind erhellende politische Dokumente, Verträge, diplomatische Aktenstücke, Regierungs- und Parteierklärungen beigegeben. Darunter befinden sich elf bisher unveröffentlichte Dokumente zum kurhessischen Verfassungskonflikt von 1850/51. Die die Verfassungen ergänzenden Stücke machen das Bild plastisch. Reichtum und Auswahl lassen diese Sammlung gleichermaßen bemerkenswert erscheinen: Für Wissenschaft und politische Praktiker ein Werk von größtem Wert.

A. v. Campenhausen

Richard M. Fagley, Zu viel Menschen. Die Bevölkerungsexplosion und die Verantwortung der Christen. Evangelisches Verlagswerk Stuttgart. 291 Seiten. Leinen DM 24,50.

„Kaum ist auf einer Darstellung des künftigen Anwachsens der Bevölkerung die Tinte trocken und schon ist diese Darstellung wieder veraltet, weil neue Beweise für ein dynamisches Anwachsen vorliegen.“ (S. 25) Es handelt sich bei diesem Zitat aus dem vorliegenden Buch keineswegs um Panikmache, sondern um den auf den ersten hundert Seiten wohl begründeten gegenwärtigen Tatbestand. Aus ihm wird nach einer ausführlichen Diskussion aller gegenwärtig verhandelten Möglichkeiten, der Bevölkerungsexplosion Herr zu werden, wie etwa durch Völkerwanderungen oder die Erschließung neuer Nahrungsquellen, der Schluß gezogen, daß allein die Beschränkung der Bevölkerungszunahme helfen kann. Dabei ist es zunächst interessant zu erfahren, daß uns die mit Beginn des industriellen Zeitalters auftretende Erscheinung einer rapiden Bevölkerungszunahme in seiner geballten Wucht erst wieder von außen, nämlich von Asien und Afrika her entgegentritt, nachdem sich das Problem für Europa durch Auswanderung, Erschließung neuer Nahrungsquellen und durch die Industrialisierung beinahe von selbst erledigt hat. Auf der anderen Seite haben wir allerdings durch unsere

medizinischen Errungenschaften zusammen mit einem humanistischen Ethos diese rapide Bevölkerungszunahme in Asien und Afrika mitverursacht; wir haben jedoch nicht dafür gesorgt, daß diese vermehrte Bevölkerung dann auch leben kann, so daß an die Stelle des ursprünglichen Krankheitstodes nun der Hungertod getreten ist. Auf Grund dieses unverhältnismäßigen Anwachsens kann man keinen erhöhten Lebensstandard oder überhaupt das Existenzminimum schaffen, wie Fagley zeigt, sondern hat eine erhöhte Unsicherheit mit Revolutions- und Kriegsgefahr erzeugt, eine Einladung an alle Kommunisten. Die Kettenreaktion einer sich in geometrischer Reihe fortpflanzenden Bevölkerungsexplosion, der nur eine sich in arithmetischer Reihe vermehrende Ernährungsgrundlage gegenübersteht, hat etwa in Indien dazu geführt, daß jeder Erfolg der Wirtschaftspläne bereits wieder von der wachsenden Bevölkerung verschlungen wird. Damit aber bleibt jede wirksame Entwicklungspolitik ein Torso, wenn sie sich nicht der Geburtenbeschränkung als eines Instrumentes bedient.

Die Aufgabe der Christen sieht der Verfasser darin, in Verantwortung voranzugehen, um der Politik des Westens, in dem sich führende Mächte zum „protestantischen Ethos“ bekennen, zu einer Abkehr von einer Vogel-Strauß-Politik zu verhelfen. Dies ist um so nötiger, als offenbar gerade in internationalen Organisationen das religiöse Tabu eine Diskussion dieser Fragen oft unmöglich gemacht hat. Es ist deshalb besonders zu begrüßen, daß die vorliegende Studie aus den Bemühungen des Weltkirchenrates um dieses Problem entstanden ist.

Das vorliegende Buch ist unentbehrlich für jeden, der sich gründlich mit diesem Thema befassen will und nach einem zuverlässigen Führer durch die teilweise recht uninformierte Polemik sucht. Einmal wird es für jene eine Hilfe sein, die als Christen ihren Öffentlichkeitsauftrag ernst nehmen und die nicht nur unbegründete Ansprüche in der Öffentlichkeit vertreten wollen. Zum andern können, wenn die Ratschläge und Gedanken dieses Buches beherzigt werden, auf dem Sektor der Geburtenkontrolle oder der verantwortlichen Elternschaft konkrete Beiträge zu einer Strategie des Friedens geleistet werden. Besonders wichtig ist an diesem Buch jedoch die bis jetzt einzigartige und ausführliche Aufarbeitung der Traditionen des Christentums und der Weltreligionen auf dem Gebiet der Geburtenkontrolle. Dietrich Pfisterer

Derrick Sherwin Baillie, Mann und Frau im christlichen Denken. Mit einem Nachwort von Prof. D. Dr. Helmut Thielicke, Ernst Klett Verlag Stuttgart. 333 Seiten. Leinen DM 29,50.

Das vorliegende Buch bietet als erstes die klar gegliederte Entfaltung des christlichen Verständnisses der Sexualität von der alttestamentlich-jüdischen und hellenistischen Umwelt des Neuen Testaments über die weitgehende Festlegung des christlichen Sexualitätsverständnisses in der Alten Kirche und dessen minutiöse rechtliche und theologische Ausarbeitung und Klassifizierung im Mittelalter zu dem modifizierenden Neuverständnis der Reformatoren und Anglikaner des 17. Jahrhunderts. Dem folgt als zweites nach einer Zusammenfassung der historischen Ergebnisse und Erkenntnisse des Verfassers der Entwurf einer Theologie der Sexualität, die in umfassender Weise alle anthropologischen, psychologischen, pädagogischen und sozialetischen Konsequenzen zu bedenken sucht.

Es geht Baillie vor allem um die Wiedergewinnung des ursprünglichen anthropologischen Begriffs der Sexualität gegen seine sensationsbedingte oder schamhafte Verflachung bzw. Verengung zu bloßem venerischen Verhalten als Zärtlichkeit und zu seinem biologischen Funktionieren als Fortpflanzung. Sexualität bedeutet semantisch das Unterscheidensein des Menschen in Mann und Frau und darüber hinaus nach dem Schöpfungsbericht ihre Partnerschaft im weiten sozialen Bereich, die dann allerdings auch die geschlechtliche Vereinigung einschließt. Genau aber vom intimen Bereich der Partnerschaft her wurde die Partnerschaft im weiteren sozialen Sinne diskriminiert durch das Eindringen des hellenistischen Leib-Seele-Dualismus mit seinem antisozialen Jungfräulichkeitsideal, das in beiden Bereichen statt Partnerschaft den Antagonismus der Geschlechter brachte. Mit der Herabsetzung des Geschlechtes ging Hand in Hand die im Schöpfungsbericht nicht enthaltene These von der Minderwertigkeit der Frau. Konnte man zwar die Ehe nicht ganz abschaffen, so war doch der Zölibat vorzuziehen. So kommt es dazu, daß die Sprache der christlichen Spiritualität über die Jahrhunderte die des Klosters blieb. Unser kirchliches und öffentliches Leben, vor allem das Erziehungssystem, sind in eine männliche und weibliche Hälfte gespalten, und auch im Blick auf die Ehe hat man in der Theologie weit mehr Aufmerksamkeit der Heiratszeremonie gewidmet als einem Durchdenken dessen, was mit dem Einswerden im Fleische gemeint ist.

Die Probleme der künstlichen Befruchtung und verantwortlichen Elternschaft können nach Baillie neu und freier durchdacht werden, wenn ein neuer Dialog zwischen der Theologie und den übrigen Wissenschaften entsteht. Diesem Bemühen hat sich das vorliegende Buch erfolgreich eingereicht. Seine Grenze liegt darin, daß die deutschsprachige Literatur fast gar nicht zu Wort kommt. Um so mehr ist deshalb das sehr umfangreiche Nachwort von Helmut Thielicke zu begrüßen, der unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Situation einen eigenen Beitrag zum Thema liefert. Der dadurch mögliche Vergleich erhöht den Wert des vorliegenden Bandes. Dietrich Pfisterer

Deutschland — Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1963. 288 Seiten. DM 19,80.

Das Eis zwischen Deutschland und Frankreich ist nun schon lange gebrochen. Diese Tatsache hat sich in das deutsche Bewußtsein eingegraben, so sehr, daß man vielfach als sicheren Besitz zu betrachten scheint, was Aufgabe und Verheißung ist. In dieser Phase vorzeitiger Zufriedenheit gewinnt die Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg neue Bedeutung. Nach (leider) sechsjähriger Pause legt es den dritten Band seiner Ludwigsburger Beiträge vor, ein umfassendes Sammelwerk, das Überblick und Anregung in vielfacher Weise bietet. Zu seinen prominentesten Autoren gehören Th. Heuss, Carlo Schmid, Blankenhorn, Kiesinger, Storz auf deutscher Seite; C. de Murville, André Siegfried, F. Seydoux de Clausonne, Alfred Grosser auf französischer.

Der Band wird eingeleitet von einem rückblickenden Erinnerungsteil von begrenztem Interesse. Desto wertvoller ist, was geboten wird unter den Überschriften „Politische und wirtschaftliche Probleme“ (I), „Zur Revision des deutsch-

französischen Geschichtsbildes" (II) und „Die geistig-kulturellen Wechselbeziehungen" (III). Die Abhandlungen betreffen einen weitgesteckten Themenkreis, z. T. auch in französischer Sprache: Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen; politische Probleme des französischen Katholizismus; das Frankreichbild in deutschen Schulbüchern; das Bild des Franzosen in der deutschen Literatur und Philosophie; Tocqueville; die Bedeutung der Madame de Stael für das Deutschlandbild der Franzosen u. a. m. Eine eingehende Besprechung verbietet der beschränkte Raum. Die vielen Anregungen und Vertiefungsmöglichkeiten der Frankreichkenntnis und mittelbar auch der Bewußtmachung der deutschen Stellung zu Frankreich in unserem geistigen Leben sind von großem Wert.

Der Leser der beiden vorangehenden Bände wird die Bibliographie vermissen. Sie ist aber als „17-Jahres-Bibliographie“ für dieses Jahr angekündigt. Die Herausgeber, denen lebhafter Dank gebührt, werden in ihrer Hoffnung nicht enttäuscht werden: Der vorliegende Band ist ein Beitrag zur Belebung des deutsch-französischen Gesprächs.

A. v. Campenhausen

Maurice Baumont, La grande conjuration contre Hitler, Paris: Editions Mondiales 1963. 261 Seiten. Brosch. 12,00 Francs.

Seit einigen Jahren ist im Ausland ein zunehmendes Interesse an der deutschen Opposition gegen Hitler zu beobachten. Maurice Baumont, ein angesehener Historiker, der durch Forschungen über Europa zwischen den Weltkriegen hervorgetreten ist, unternimmt als einer der ersten ausländischen Wissenschaftler den Versuch, den schwierigen Fragenkreis in einer Gesamtdarstellung zu behandeln. — Baumont unterscheidet zwischen militärischer und ziviler Opposition und gliedert dementsprechend seine Arbeit, um sich im Anschluß an die Darstellung dieser beiden Gruppen den Ereignissen des 20. Juli selbst zuzuwenden.

Der Verfasser beeindruckt den Leser immer wieder durch die Klarheit und Kunst seiner Sprache, mit wenigen Strichen die sehr verschiedenartigen Charaktere all derjenigen zu zeichnen, die sich in der Opposition gegen Hitler zusammenfanden. Besonders gelungen erscheint der Abschnitt über die Brüder Stauffenberg, vor allem über Claus Stauffenberg. Gelegentlich freilich hätte man die Schwerpunkte gern ein wenig deutlicher gesetzt gesehen. Der Tätigkeit und dem politischen Willen des Legationsrates Adam von Trott zu Solz wird nur eine knappe Seite gewidmet, was ohne Zweifel der Bedeutung dieses Mannes nicht gerecht wird, wie sie Eberhard Bethge erst unlängst in den Vierteljahreshaften für Zeitgeschichte gewürdigt hat.

Doch bezieht sich unsere Kritik nur auf einzelne Akzente, keinesfalls aber auf das Werk Baumonts in seiner Gesamtheit, das ohne Zweifel zu den bedeutenden Arbeiten über den Widerstand zählt, auch wenn es keine neuen wissenschaftlichen Ergebnisse bringt.

Der abschließende Epilog läßt die Einsichten und Überzeugungen, die der Verfasser bei seiner Untersuchung gewonnen hat, deutlich werden. „Le 20 juillet 1944, s'il n'est un prononciamiento ni un soulèvement populaire, est une révolte morale contre le barbarie" (S. 247). Baumont hat sein Buch mit dem strengen Ethos des Wissenschaftlers und voll innerer Anteilnahme geschrieben. Wenn er auch davor warnt,

die Verschwörer einseitig als Heilige und Heroen zu sehen, so kann er doch im Blick auf ihr Opfer mit den Worten Lamartines aus der Marseillaise de la paix (1841) sagen: „Vivent les nobles fils de la grave Allemagne!"

Baumont hat ein nobles Buch über die deutsche Opposition gegen Hitler geschrieben! Wird sich ein deutscher Historiker finden, der über die Résistance ebenso schreibt?

Bernhard Unkel

Raphael Straus, Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1964. 224 Seiten. DM 20,—.

Die Geschichte des jüdischen Volkes erschließt sich nicht leicht. In der Vergangenheit fertigte man immer wieder verschiedene Schlüssel an, um die Türe zu diesem Geheimnis zu öffnen; aber meist erwiesen sich diese Instrumente als untauglich, weil sie in das differenzierte Schloß nicht paßten. Anders ausgedrückt: man verlor die durch die Existenz der Juden gestellte Frage in ihrer ganzen Komplexität aus den Augen, weil man sich nur mit einem Aspekt beschäftigte und andere Seiten als geringfügig und unbedeutend auf die Seite schob. Es ist das Verdienst dieses Buches (fertiggestellt 1941), daß hier mit solider Kenntnis und ausgewogenem Urteil den verschiedenen Seiten jüdischer Existenz und ihrer gegenseitigen Verflechtung Rechnung getragen wird.

Einmal wird aufgezeigt, wie die Juden von Hause aus keine Händler waren, sondern als Bauern und Handwerker ihr Leben fristeten. Erst durch die allmählich sich überall durchsetzende bürgerliche Entrechtung und soziale Deklassierung im Mittelalter wurden die Juden aus ihren seitherigen Berufen verdrängt; der dringende Kapitalbedarf und das kanonische Zinsverbot waren weitere wichtige Faktoren, durch die die Juden in den Geldhandel abgedrängt wurden. In der Neuzeit spielten sie als sogenannte Hoffaktoren bei der Belieferung der einzelnen Fürsten mit Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenständen eine wichtige Rolle; dadurch erlangten sie eigentlich einen bedeutenden Einfluß und benutzten denselben dazu, um das Los ihrer oft stark verelendeten Glaubensgenossen zu erleichtern. Bezeichnend ist die Begründung für die Rückrufung der Juden nach Wien (1699): „Man befindet sich in dem Stande, daß man sie nicht entbehren kann."

Man verstellt sich aber den Blick für dieses Phänomen, wenn man die Juden nicht gleichzeitig — das ist das zweite — unter dem Vorzeichen der Erwählung Gottes sieht. Sie sind „eine Religionsnation", wie der Verfasser es ausdrückt. Das heißt: der lebendige Gott und die Juden gehören zusammen; deshalb wird überall eine scharfe Demarkationslinie zum Götzendienst aller Schattierungen gezogen. Eine Identifizierung dieses Volkes mit dem lebendigen Gott im Sinn der heidnischen Inanspruchnahme eines gefügigen Schutzpatrons ist jedoch ausgeschlossen; es darf nicht übersehen werden, wie gerade der lebendige Gott in seiner freien Souveränität dieses Volk für sich in Anspruch nimmt, um es zu seinem Zeugen für alle Welt zu machen. Die ganze Welt soll in die Gemeinschaft mit dem Gott Israels hineingenommen werden. Dabei gilt als Voraussetzung: „Wer den Götzendienst aufgibt und die Einheit Gottes anerkennt, ist als Jude anzusehen."

Mit der Entstehung des Christentums und der Kirche setzt eine tiefgreifende Auseinandersetzung ein, die nach der „Machtergreifung des Christentums“ zum Teil recht üble Auswirkungen und Auswüchse zeitigt. Bei aller um die Person des Jesus von Nazareth sich drehenden Polemik — die Juden lehnen seine Messiantät ab, die die Kirche bekennt — war grundsätzlich sicher, daß das Judentum der geistliche Mutterboden der Kirche war, wenn dies auch weithin weder praktisch noch theologisch durchgehalten wurde. Immerhin wurde Marcion aus der Kirche ausgeschlossen, als er versuchte, den Trennungsstrich zum Alten Testament hin zu ziehen. Aber Anselm von Canterbury ist mit seiner Äußerung: „Wenn man uns vorhält, daß wir judaisierten, so erwidern wir, daß Jesus selbst judaisiert hat“, ein Außenseiter geblieben.

Sicher geht es dem Verfasser des vorliegenden Bandes darum, alle unnütze Polemik zu vermeiden. Das ist sicher gut. Aber man muß sich nicht nur vor dem Antijudaismus hüten, sondern sich auch vor dem Synkretismus in Acht nehmen. Wenn auch ein wirkliches Gespräch zwischen Juden und Christen erst anhebt, dann darf es hier nicht nur um „die reingestimmten Instrumente im Orchester der Gottesverehrung“ gehen. Sonst wird die Juden wie Christen von Gott selbst gestellte Wahrheitsfrage neutralisiert.

Daß die Juden auf Grund innerer Zugehörigkeit und äußeren Zwangs eine geschlossene Volksgruppe bilden, die quer durch alle Nationen sich erstreckte, ist unverkennbar. Diese Prägung der Juden als sichtbarer Gemeinschaft läßt sie in dem eigentümlichen Wechselspiel von Zugehörigkeit und Fremdheit innerhalb anderer Nationen erscheinen. Die Geschlossenheit dieses Volkes und der durch die ihnen oft begegnende Abneigung sich immer deutlicher ausprägende Fremdcharakter haben manchmal zu bitteren und bösen Vorurteilen geführt, die hier in ihrer ganzen Abwegigkeit aufgezeigt werden, um ihren Abbau zu versuchen. Gerade das Scheitern einer echten Emanzipation innerhalb der Gastvölker führte weite Teile der Juden dazu, sich immer mehr als ein Volk zu verstehen. Dies hat dann in unseren Tagen — der Verfasser hat dies nicht mehr erlebt — zur Neugründung Israels geführt.

Dieses gründliche Buch wird durch seine wertvollen Informationen und seine gute Gesamtschau gerade im politischen Bereich zur Bildung eines selbständigen Urteils einen wichtigen Dienst leisten können. Rudolf Pfisterer

Walter Z. Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1962. 280 Seiten. Ln. DM 19,80.

Der verstorbene erste Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, Hermann Mau, stellte 1948 in einem grundlegenden und heute noch wichtigen Aufsatz fest: „Es gibt keine brauchbare Geschichte der Jugendbewegung. Sie sollte heute in Angriff genommen werden.“ Vierzehn Jahre

mußten vergehen, bis diese Forderung erfüllt wurde. Mit dem Buch Walter Z. Laqueurs besitzen wir die erste umfassende Darstellung der Entwicklung der Jugendbewegung. Der Verfasser, der selbst aus der Jugendbewegung kommt und heute in London als Experte für osteuropäische Fragen tätig ist, konnte auf einige, z. T. noch ungedruckte Einzelstudien zurückgreifen sowie das gesamte erreichbare Archivmaterial verwerten. Außerdem hat er zahllose Einzelgespräche mit noch lebenden Angehörigen der Jugendbewegung geführt, z. B. mit Carlo Schmid, Heinz Westphal und Gustav Wyneken.

So ist ein lebendiges und kundiges Buch entstanden, das den geistigen Reichtum, aber auch die eigentümliche Isolierung der Bewegung vom sozialen und politischen Leben ihrer Zeit, der Wilhelminischen Ära wie der Weimarer Zeit, erkennen läßt. In fünf Abschnitten berichtet Laqueur über den Weg der Jugendbewegung aus den Steglitzer Anfängen 1901, durch die Jahre des Ersten Weltkrieges und der Revolution und die Krisenjahre der Weimarer Republik, schließlich die Phase der Auflösung der jungen deutschen Demokratie. Im fünften Teil beschreibt der Verfasser das Ende der Jugendbewegung im Dritten Reich. In diesem Abschnitt bewährt sich die Fähigkeit Laqueurs zu sachlichem und ausgewogenem Urteil in besonderer Weise.

Sorgfältig beschreibt er die innere Problematik einer Bewegung, die wesentlich auf dem Gemeinschaftserlebnis beruhte, und damit auf etwas Irrationalem, ja man darf sagen Antirationalem. Und „eben dieser Antirationalismus war die Ursache dafür, daß die Mitglieder der Jugendbewegung von philosophischen Scharlatanen und politischen Demagogen so leicht in die verschiedensten Richtungen gelenkt werden konnten“ (S. 260). So gab es in der Jugendbewegung beides: begeisterte Zustimmung zum Nationalsozialismus, aber auch Widerstand, der freilich zumeist mehr ein instinktives Gefühl der Ablehnung als klare moralische und politische Prinzipien zur Voraussetzung hatte.

Die Jugendbewegung hat damit an den allgemeinen Tendenzen der deutschen Entwicklung vor 1933 teil. „Verworrenes Denken, unzureichende soziale Entschlossenheit und Verantwortung und antiliberalen Anschauungen“ stehen neben hohem idealischen Schwung, der frei sein wollte von Egoismus und Karrieredenken (S. 259). Walter Z. Laqueur gebührt das Verdienst, im Rahmen seiner historischen Studie die strukturellen Zusammenhänge zwischen Jugend, Gesellschaft und Staat in klaren Linien sichtbar gemacht zu haben. Alle, die heute in einseitiger Weise versuchen, die Jugend in Formen der Jugendbewegung zu erziehen, oder auch die, die alles, was dort geschehen ist, als unbedeutend abtun wollen, sollten dieses Buch lesen. Die Jugendbewegung war, so wird man rückblickend sagen dürfen, eine Fehlleistung, aber es war eine „großartige Fehlleistung“ (Laqueur), aus der die Erziehung der Gegenwart viel zu lernen vermag.

Bernhard Unkel

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Eberhard Amelung, 355 Marburg, Wilhelmstraße 20, Tel. 3436. Verlag: Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn, Argelanderstr. 173, Postscheckkonto: Köln 193795. — Erscheinungsweise: monatlich. — Bezugsgebühr: 1,— DM monatlich, 10,— DM jährlich. — Druck: Eukerdruck Marburg.

Artikel, die mit vollem Namen gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.